

No. 33463

**GERMANY
and
MONGOLIA**

**Agreement for the avoidance of double taxation with respect
to taxes on income and capital (with protocol). Signed at
Bonn on 22 August 1994**

*Authentic texts: German, Mongolian and English.
Registered by Germany on 17 December 1996.*

**ALLEMAGNE
et
MONGOLIE**

**Accord tendant à éviter la double imposition en matière d'im-
pôts sur le revenu et sur la fortune (avec protocole).
Signée à Bonn le 22 août 1994**

*Textes authentiques : allemand, mongol et anglais.
Enregistré par l'Allemagne le 17 décembre 1996.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER MONGOLEI ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung AUF DEM GEBIET DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Mongolei: —

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, dem Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

- aa) die Einkommensteuer,
- bb) die Körperschaftsteuer,
- cc) die Vermögensteuer und
- dd) die Gewerbesteuer
(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet).

b) in der Mongolei:

- aa) die Einkommensteuer,
- bb) die Körperschaftsteuer
(im folgenden als „mongolische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den in Absatz 3 genannten bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander, falls erforderlich, am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“, wenn im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet des Gel-

tungsbereichs der Steuergesetzgebung des betreffenden Vertragsstaats einschließlich des an das Küstenmeer angrenzenden Festlandssockels, soweit der betreffende Staat dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Hoheitsrechte zur Erforschung des Festlandssockels und zur Ausbeutung seiner Naturschätze ausübt;

b) bedeutet der Ausdruck „Mongolei“, wenn im geographischen Sinne verwendet, das ganze Gebiet der Mongolei;

c) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;

d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

e) bedeutet der Ausdruck „Steuer“ die deutsche Steuer oder die mongolische Steuer, wie es der Zusammenhang erfordert;

f) hat der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Naturschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen;

g) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

bb) in Bezug auf die Mongolei alle natürlichen Personen, die die mongolische Staatsangehörigkeit besitzen, und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Mongolei geltenden Recht errichtet worden sind;

i) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

j) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen und auf Seiten der Mongolei den Minister der Finanzen oder seinen bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

Ansässige Personen

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen;
- ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- einen Ort der Leitung,
- eine Zweigniederlassung,
- eine Geschäftsstelle,
- eine Fabrikationsstätte,
- eine Werkstätte und
- ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bausausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer sechs Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Aushlieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Aushlieferung unterhalten werden;
- Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

c) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) der Verkauf von Gütern oder Waren des Unternehmens, die im Rahmen einer gelegentlichen Messe oder Ausstellung ausgestellt waren, nach Abschluß der Messe oder Ausstellung;

g) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis f genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der ersten Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in anderen Vertragsstaaten ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit

unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat in besonders gelagerten Fällen unmöglich oder mit unzumutbaren Schwierigkeiten verbunden ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne nach Absatz 2 zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung des Gesamtgewinns des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln; die gewählte Gewinnverteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Transportorganisation.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in einem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Brutobetrags der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 10 vom Hundert des Brutobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen,

wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet

a) Dividenden auf Aktien einschließlich Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußschemen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten, ausgenommen Forderungen, mit Gewinnbeteiligung und

b) andere Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie für die Zwecke der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus somer Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte in einem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine in einem anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer in einem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in einem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in einem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Brutobetrags der Zinsen nicht übersteigen, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 gilt folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung oder die Bank der Mongolei gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus der Mongolei stammen und an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft – oder an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person für Schuldverpflichtungen gezahlt werden, die durch eine Hermes-Deckung verbürgt oder gesichert sind, sind von der mongolischen Steuer befreit.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können im gegenseitigen Einvernehmen alle sonstigen staatlichen Einrichtungen bestimmen, auf die dieser Absatz Anwendung findet.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Bruttobetrag der Lizenzgebühren nicht übersteigen, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstun-

gen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus dem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das in dem anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, oder von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsführung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit eine feste Einrichtung zur Verfügung steht oder daß die Person sich im anderen Vertragsstaat insgesamt länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres aufhält.

Sieht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung oder bleibt sie während des oben genannten Zeitraums im anderen Staat, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können oder während des oben genannten Zeitraums im anderen Staat bezogen werden.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbstständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbstständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 16 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, im anderen Vertragsstaat nur besteuert werden, wenn die Arbeit dort ausgeübt wird.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Emolüent sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das im internationalen Verkehr betrieben wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Diese Einkünfte werden jedoch in dem in Absatz 1 genannten Staat nicht besteuert, wenn die Tätigkeit bei einem Aufenthalt in diesem Staat durch eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ausgeübt wird, und der Aufenthalt unmittelbar oder mittelbar von dem anderen Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer

Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird.

Artikel 18

Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1) Vergütungen, einschließlich Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden, die natürliche Person in diesem Staat ansässig und nicht ein Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 und 18 anzuwenden.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt werden sind.

Artikel 20

Lehrer sowie Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Staates oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Staat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist im erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Eine natürliche Person, die sich in einem Vertragsstaat lediglich als

- a) Student einer Universität, Hochschule oder Schule in diesem Vertragsstaat,
- b) Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre oder Praktikanten),
- c) Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer religiösen, mildtätigen, wissenschaftlichen oder pädagogischen Organisation vornehmlich zum Studium oder zu Forschungsarbeiten oder
- d) Mitarbeiter eines Programms der technischen Zusammenarbeit, an dem die Regierung dieses Vertragsstaats beteiligt ist, aufhält, und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist mit den für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbil-

zung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland im erstgenannten Vertragsstaat von der Steuer befreit.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögenswerte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Soweit keine Anrechnung ausländischer Steuern nach Buchstabe b erfolgt, werden von der deutschen Steuer die Einkünfte aus der Mongolei sowie die in der Mongolei gelegenen Vermögenswerte befreit, die nach diesem Abkommen in der Mongolei besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so befreiten Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Bei Dividenden gilt die Befreiung nur für die Dividenden, die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Mongolei ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Von den Steuern vom Vermögen werden Beteiligungen befreit, deren Dividenden nach dem vorhergehenden Satz befreit sind oder bei Zahlung befreit wären.

d) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus der Mongolei und den nachstehenden in der Mongolei gelegenen Vermögenswerten zu erhebende deutsche Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Vermögensteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die mongolische Steuer angerechnet, die nach mongolischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für

- ae) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- bb) Zinsen;
- cc) Lizenzgebühren;
- dd) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen;
- ee) Einkünfte von Künstlern und Sportlern;
- ff) unbewegliches Vermögen und Einkünfte daraus.

Dies gilt nicht, wenn das unbewegliche Vermögen zu einer in Artikel 7 erwähnten und in der Mongolei gelegenen Betriebsstätte oder zu einer in Artikel 14 erwähnten und in der Mongolei gelegenen festen Einrichtung tatsächlich gehört, es sei denn, daß Buchstabe d die Anwendung von Buchstabe a auf die Gewinne der Betriebsstätte ausschließt.

c) Für die Zwecke der Anrechnung nach Buchstabe b gelten als mongolische Steuern 10 vom Hundert des Bruttobetrags bei den in Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 11 Absatz 1, Artikel 12 Absatz 1 genannten Einkünfte.

d) Ungeachtet des Buchstabens a werden Einkünfte, die in den Artikeln 7 und 10 behandelt sind, und Gewinne aus der Veräußerung des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte sowie die diesen Einkünften zugrundeliegenden Vermögenswerte nur dann von der deutschen Steuer befreit, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweisen kann, daß die Einnahmen der Betriebsstätte oder Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich aus einer aktiven Geschäftstätigkeit stammen.

Bei Einkünften, die in Artikel 10 behandelt sind, und den diesen Einkünften zugrundeliegenden Vermögenswerten gilt die Befreiung auch dann, wenn die Dividenden aus Beteiligungen an anderen in der Mongolei ansässigen Gesellschaften stammen, die eine aktive Geschäftstätigkeit ausüben und an denen die zuletzt ausschüttende Gesellschaft mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt ist.

Als aktive Geschäftstätigkeit gelten: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung oder technische Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte in der Mongolei.

Wird dies nicht nachgewiesen, so findet lediglich das Anrechnungsverfahren nach Buchstabe b Anwendung, sofern nicht die fiktive Anrechnung nach Buchstabe c gilt.

(2) Bei einer in der Mongolei ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Bezieht eine in der Mongolei ansässige Person Einkünfte aus der Bundesrepublik Deutschland, so kann die Steuer, die in Übereinstimmung mit diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland zu zahlen ist, von der dieser Person auferlegten mongolischen Steuer abgezogen werden. Der Abzug darf jedoch nicht die auf diese Einkünfte entfallende mongolische Steuer übersteigen, die in Übereinstimmung mit den mongolischen Steuergesetzen und -vorschriften ermittelt werden ist.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmer eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen

Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 6 oder Artikel 12 Absatz 5 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erteilt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie die in diesem Abkommen vorgesehenen steuerlichen Begrenzungen durchzuführen sind.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26

Informationseustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die aufgrund des inner-

staatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Diplomatische und konsularische Vorrechte

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 wird eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung ist, die ein Vertragsstaat in dem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat hat, für Zwecke des Abkommens als Ansässige des Entsendestaats angesehen, wenn

- a) sie nach Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates nicht besteuert wird und
- b) im Entsendestaat mit ihrem Welteinkommen denselben steuerlichen Verpflichtungen unterliegt wie Ansässige des Entsendestaats.

Artikel 28

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in *klarer Schrift* ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem ersten Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;
- b) bei anderen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume erhoben werden, die am oder nach dem ersten Januar des Kalenderjahrs beginnen, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum dreißigsten Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Jahr des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem

anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden auf die Einkünfte, die in den Steuerjahren bezogen werden, welche auf das Steuerjahr folgen, in dem die Kündigung ausgesprochen wird.

Geschehen zu *Bonn* am *22. August* 1974, in zwei Urschriften, jede in deutscher, mongolischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des mongolischen Wortlauts ist der englische Text maßgebend.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:



Für die Mongolei:



PROTOKOLL

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Mongolei

haben anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am *22. August 1994* in *Beim* die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

(1) Zu Artikel 7

- a) Einer Bauausführung oder Montage dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, nur die Gewinne zugerechnet werden, die ein Ergebnis dieser Tätigkeiten sind. Gewinne, die aus einer mit diesen Tätigkeiten im Zusammenhang stehenden oder davon abhängigen Warenlieferung der Hauptbetriebsstätte oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder einer dritter Person herrühren, sind der Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen.
- b) Einkünfte aus Entwicklungs-, Planungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten oder aus technischen Dienstleistungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in diesem Vertragsstaat im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte ausübt, sind der Betriebsstätte nicht zuzurechnen.

(2) Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet der Bestimmungen dieser Artikel können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung an stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland beruhen) und
- b) bei der Gewinnermittlung des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

(3) Zu Artikel 23

- a) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Mongolei zur Ausschüttung, so schließt Artikel 23 Absatz 1 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.
- b) Die Bundesrepublik Deutschland vermeidet die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b, und nicht durch Steuerbefreiung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a.
 - aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9 (Verbundene Unternehmen)) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 regeln läßt und
 - i) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte doppelt besteuert würden oder

- ii) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte in der Mongolei unbesteuert bleiben oder zu niedrig besteuert würden und in der Bundesrepublik Deutschland (abgesehen von der Anwendung dieses Absatzes) von der Steuer befreit bleiben, oder

- bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen ihres innerstaatlichen Rechts der Mongolei auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert hat, auf die sie diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt, um die steuerliche Freistellung von Einkünften in beiden Vertragsstaaten oder sonstige Gestaltungen zum Mißbrauch des Abkommens zu verhindern.

Im Falle einer Notifikation nach Doppelbuchstabe bb kann die Mongolei vorbehaltlich einer Notifikation auf diplomatischem Weg diese Einkünfte aufgrund des Abkommens entsprechend der Qualifikation der Einkünfte durch die Bundesrepublik Deutschland qualifizieren. Eine Notifikation nach diesem Absatz wird erst ab dem ersten Tag des Kalenderjahres wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

(4) Zu Artikel 26

Soweit nach diesem Artikel personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend hierzu die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die übermittelnden Vertragsstaaten sind verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten zu achten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- b) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- c) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt.
- e) Das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, richtet sich nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

[MONGOLIAN TEXT — TEXTE MONGOL]

ОРЛОГО БА ХӨРӨНГИЙН ТАТВАРЫГ ДАВХАРДУУЛЖ ОНОГ-
ДУУЛАХГУЙ БАЙХ ТУХАЙ ХОЛБООНЫ БУГД НАЙРАМДАХ
ГЕРМАН УЛС МОНГОЛ УЛСЫН ХООРОНДЫН ХЭЛЭЛЦЭЭР

Санхүүгийн саад бэрхшээлийг арилгах замаар эдийн засгийн хамтын ажиллагааг хөгүүлэн дэмжихийг эрмэлзэн

Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улс, Монгол Улс дараахь зүйлийг хэлэлцэн тохиров:

1 дүгээр зүйл. Хамрагдах этгээд

Энэхүү Хэлэлцээр нь хэлэлцэн тохирогч хоёр улс буюу эдгээрийн аль нэгийг нутаг дэвсгэрт байнга оршин суугч этгээдийг хамаарна.

2 дугаар зүйл. Хамрагдах татварын төрлүүд

1. Хэлэлцэн тохирогч Улс, түүний муж, засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгжүүдийн нэрийн өмнөөс орлогод ба хөрөнгөд оногдуулж буй татварчуд нь тэдгээрийг хэрхэн оногдуулж байгаа хэлбэрээс үл шалтгаалан энэхүү Хэлэлцээрт хамаарна.
2. Орлого ба хөрөнгөд оногдуулж буй татвар гэж нийт орлого буюу нийт хөрөнгө болон орлого буюу хөрөнгийн бүрэлдхүүн хэсэгт оногдуулж буй бүх төрлийн татвар, түүний дотор хөдлөх ба үл хөдлөх хөрөнгийн борлуулалтын орлого болон хөрөнгийн үнэлгээний өсөлтийн орлогод оногдуулах татварыг хэлнэ.
3. Энэхүү Хэлэлцээрт дараахь татварчуд хамрагдана:
 - а/ Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын хувьд:
 - аа/ Орлогын татвар;
 - бб/ Корпорацийн татвар;
 - вв/ Хөрөнгийн татвар;
 - гг/ худалдааны татвар;
 - Диашид "Германы татвар" гэнэ/
 - б/ Монгол Улсын хувьд:
 - аа/ Хүн амын орлогын альян татвар;
 - бб/ Аж ахуйн нэгж, байгууллагын орлогын альян татвар;
 - Диашид "Монголын татвар" гэнэ/
4. Энэхүү Хэлэлцээрт гарын үсэг өгсөн өдрөөс хойш шинээр нэмэгдсэн буюу өөрчлөгдсөн татварчуд нь 3 дугаар заалтанд дүрвдсэн өдүгээ хэрэглэгдэж буй татварчудтай адил буюу төстэй байвал энэхүү Хэлэлцээрт мөн хамрагдана. Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын орх бүхий байгууллага нь оорийн орны татварын хувьд орсон өөрчлөлтийн талаар нөгөө талдаа хэрвэ шаардлагатай гэх үеэс жил бүрийн өцөст мэдэгдэж байна.

3. ДУГААР ВҮЙЛ, ЕРӨНЖИЙ ТОДОРХОЙЛОЛТ

1. Энэхүү Хэлэлцвэрт өөрөөр заагаагүй бол:

- а/ "Хольооны Бүгд Найрамдах Герман Улс" гэж газар бүийн үтгээр дөч үеэс хөлөлцөн тохирогч улсын татварын хууль үйлчлэх нутаг дэвсгэр, түүнд багтах тэнгис, түүнчлэн олон улсын хуулийн бүрэн эрхийн дагуу нөөцийг нь тухайн улс ашиглаж олзворлох эрх бүхий нутаг дэвсгэрийг хэлнэ;
- б/ "Монгол" гэж Монгол Улс, газар зүйн үтгэараа Монголын бүх нутаг дэвсгэрийг хэлнэ;
- в/ "Этгээд" гэж хувь хүн, компани болон бусад этгээдийг хэлнэ;
- г/ "Компани" гэж хуулийн эрх бүхий зохион байгуулалттай гүлэг буюу татвар ногдуулах үтгэараа түүнтэй адилтгах байгууллагыг хэлнэ.
- д/ "Татвар" гэж тухайн заалтын үтгээс хамааран Герман болон Монголын татварыг хэлнэ;
- е/ "Үл хөдлөх эд хөрөнгө" гэдгийг тухайн хөрөнгө байрлаж буй Хэлэлцэн тохирогч Улсын хуульд заасны дагуу тодорхойлно. Аль ч тохиолдолд уг нэр томъёонд үл хөдлөх эд хөрөнгөд дагалдах өмч, хөдөө аж ахуйн болон ойн аж ахуйд ашиглагдаж буй мал, амьтан, тоног төхөөрөмж; газар оролцсон өмчийн талаарх хуулийн заалт хэрэглэгдэх эрх; бусдын үл хөдлөх эд хөрөнгийг эзэмшин ашиглах эрх; чурхай, ашигт малтмалын орд болон байгалийн бусад баялгийн хөдөлгөөнт болон тогтмол төлбөрийн эрхийг багтаана. Харин хөлөг онгоц, эавь, нисэх онгоц нь үл хөдлөх эд хөрөнгөд үл тооцогдоно.
- ж/ "Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгж" гэж тухайн энэ улсад байнга оршин суугч этгээдийн эрхэлдэг аж ахуйн нэгжийг хэлнэ. "Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын аж ахуйн нэгж" гэж тухайн нөгөө улсад байнга оршин суугч этгээдийн эрхэлдэг аж ахуйн нэгжийг хэлнэ;
- з/ "Харьяат" гэж;
- за/ Хольооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын хувьд Хольооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын Үндсэн хуулийн 116 дугаар зүйлийн 1 дүгээр заалтын үтгэд хамаарагдах аливаа германы харьяат хувь этгээд болон Хольооны Бүгд Найрамдах Герман Улсад хүчин төгөлдөр хуулийн дагуу эрх бүхий аливаа хуулийн этгээд, хоршоо, хольоог хэлнэ.
- бб/ Монгол Улсын хувьд Монгол Улсын иргэн аливаа хувь этгээд, Монгол Улсын хуулийн дагуу байгуулагдсан буюу бий болсон аливаа хуулийн этгээд болон Монгол Улсад хүчин төгөлдөр хуулийн дагуу эрх бүхий хуулийн этгээд, хоршоо хольоог хэлнэ;
- к/ "Олон улсын тээвэр" гэж Хэлэлцэн тохирогч аль нэгэн Улсад голлох удирдлага нь байрладаг аж ахуйн нэгжээс хөлөг онгоц болон нисэх онгоцоор хийх аливаа тээврийн үйл ажиллагааг хэлнэ. Харин Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс доторхи байрлалуудын хооронд хөлөг онгоц болон нисэх онгоцоор хийх тээврийн үйл ажиллагаа үүнд үл хамаарна;
- л/ "Эрх бүхий этгээд" гэж Хольооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын хувьд Хольооны сангийн яам буюу түүний эрх бүхий төлөөлөгч, Монгол Улсын хувьд Сангийн сайд буюу түүний эрх бүхий төлөөлөгчийг хэлнэ;

2. Энэхүү Хэлэлцээрт тодорхойлогдоогүй аливаа нэр томъёог Хэлэлцээрт өөрөөр заагаагүй бол Хэлэлцээрээр зохицуулагдаж буй татвартай холбогдол бүхий Хэлэлцэн тохирогч Улсын хуульд зааснаар ойлгоно.

4 дүгээр зүйл. Байнга оршин суугч

1. Энэхүү Хэлэлцээрт "Хэлэлцэн тохирогч аль нэг Улсад байнга оршин суугч" гэж өөрөө болон голлох удирдлага нь байнга оршин сууж, байрлаж байгаа, мөн үүнтэй адилтгах бусад шалтгаанаар оршин сууж, байрлаж тэр Улсын хуулийн дагуу тухайн Улсад татвар төлөх үүрэгтэй аливаа этгээдийг хэлнэ. Гэвч энэ нь тухайн Улс дахь эх үүсвэрээс орлого олсон ба оршдог хөрөнгөөс олсон орлогоосоо тухайн улсад татвар төлөх ёстой аливаа этгээдийг хамрахгүй.
2. Энэхүү зүйлийн 1 дүгээр заалтын дагуу Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алинд нь байнга оршин суугч хувь этгээдийн статусыг дараах байдлаар тодорхойлно:

- а/ байнга амьдардаг орон гэр нь Хэлэлцэн тохирогч аль Улсад байгаагаар нь тэр улсад байнга оршин суугч гэж тооцно. Хэрэв хувь этгээд нь Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алинд нь байнга амьдардаг орон гэртэй бол Хэлэлцэн тохирогч аль Улсад түүний хувийн ба эдийн засгийн харилцаа /нэгдүүр эрх ашгийн төв/ нь илүү ойр дөт байгаагаар нь тэндхийн байнга оршин суугч гэж тооцно.
- б/ хэрэв түүний язгуур эрх ашгийн төв бүхий улсыг тодорхойлох аргагүй, эсвэл энэ хувь этгээд нь Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алинд нь байнга амьдардаг орон гэргүй бол Хэлэлцэн тохирогч аль Улсад түр орогнох байртай байгаагаар нь тэр улсад байнга оршин суугч гэж тооцно.
- в/ хэрэв хувь этгээд нь Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алинд нь түр орогнох байртай, эсвэл алинд нь ч байхгүй бол түүнийг Хэлэлцэн тохирогч аль улсын харьяат байгаагаар нь тэр улсад байнга оршин суугч гэж тооцно.
- г/ хэрэв хувь этгээд нь Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алины харьяат эсвэл алиных нь ч харьяат биш бол асуудлыг Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын эрх бүхий байгууллагууд хэлэлцэж шийдвэрлэнэ.

3. Энэхүү зүйлийн 1 дүгээр заалтын дагуу компани нь Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын аль алинд нь байнга оршдог бол голлох удирдлага нь Хэлэлцэн тохирогч аль Улсад байрлаж байгаагаар нь тэр Улсын байнга оршин суугч гэж тооцно.

5 дугаар зүйл. Төлөөлөгчийн газар

1. Энэхүү Хэлэлцээрт "Төлөөлөгчийн газар" гэж аж ахуйн нэгж өөрийн үйл ажиллагаагаа бүхэлд нь буюу хэсэгчлэн явуулдаг байрлалыг хэлнэ.
2. "Төлөөлөгчийн газар" гэдэгт тухайлбал:
- а/ аж ахуйг удирдан ивүүлж буй газар;
- б/ салбар байгууллага;

- ө/ албан байгууллага;
 г/ үйлдвэр;
 д/ цех болон;
 е/ уурхай, газрын тос, байгалийн хий, ил уурхай болон байгалийн бусад ашигт малтмал олборлож буй газар орно.
3. 6 сараас дээш хугацаагаар үргэлжлэх барилгын талбай, барилга байгууламж, суурилалтын ажлыг төлөөлөгчийн газар гэж тооцно.
4. Энэхүү зүйлийн өмнөх заалтууд дурдсан "Төлөөлөгчийн газар" гэдэгт дараах үйл ажиллагааг үл хамааруулна:
- а/ аж ахуйн нэгж зөвхөн өөрийн бараа, эд агчуурсыг хадгалах, үзэсгэлэнд таоих, нийлүүлэх зорилгоор аливаа байгууламж ашиглахыг;
 б/ аж ахуйн нэгж зөвхөн хадгалах, үзэсгэлэнд тавих, нийлүүлэх зорилгоор бараа, эд агчуурс нөөцлөхийг;
 в/ аж ахуйн нэгж зөвхөн өөр бусад аж ахуйн нэгжээр боловсруулалт хийлгэх зорилгоор бараа, эд агчуурс нөөцлөхийг;
 г/ зөвхөн аж ахуйн нэгжид зориулан бараа, эд агчуурс худалдан авах, худалдах, мэдээлэл цуглуулах зориулалттай үйл ажиллагаагаа явуулдаг байр ашиглахыг;
 д/ зөвхөн аж ахуйн нэгжид зориулан бэлтгэх, туслах чанарын аливаа үйл ажиллагааг явуулах зорилгоор байр ашиглахыг;
 ж/ аж ахуйн нэгжийн байнгын бус хугацаагаар худалдаа - үзэсгэлэнд тавьсан бараа эд агчуурс уг худалдаа - үзэсгэлэнг хаагдсаны дараа борлуулахыг;
 з/ а/-ж/ заалтуудад дурдсан аливаа үйл ажиллагаа нь зөвхөн нийтдээ бэлтгэх, туслах чанартай үйл ажиллагаа байж тэдгээрт байр ашиглахыг.
5. Энэхүү зүйлийн 1 ба 2 дугаар заалтыг үл харгалзан 6 дугаар заалтад хамаарах бие даасан эрх бүхий төлөөлөгчөөс бусад этгээд Хэлэлцэн тохирогч Улсад Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын аж ахуйн нэгжийн нэрийн өмнөөс үйл ажиллагаа явуулж гэрээ /контракт/ байгуулах эрх эдэлдэг бол уг аж ахуйн нэгжийг Хэлэлцэн тохирогч Улсад төлөөлөгчийн газартай гэж үзнэ. Гэхдээ уг этгээдийн үйл ажиллагаа 4 дүгээр заалтад дурдсан үйл ажиллагаагаар хязгаарлагдан улмаар энэ ажиллагааг явуулж буй байр нь дээрх заалтын дагуу төлөөлөгчийн газар болж чадахгүй тохиолдолд уг аж ахуйн газрыг төлөөлөгчийн газартай гэж үзэхгүй.
6. Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгж Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад ьрохер, ерөнхий комиссын төлөөлөгч, бие даасан эрх бүхий бусад төлөөлөгчдөөр дамжуулан үйл ажиллагаа явуулж байгаа нь түүнийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад төлөөлөгчийн газартай гэж үзэх үндэс болохгүй бөгөөд тэдгээр этгээд нь өөрийн тогтоон чиглэлээр үйл ажиллагаагаа явуулдаг байх нь үүний нөхцөл болно.
7. Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог компани нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршдог эсвэл Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад үйл ажиллагаагаа /төлөөлөгчийн газраар дамжуулан

буюу бусад аргаар/ явчуулдаг компанийг хянадаг эсвэл хяналтанд байдаг нь эдгээр компанийг бие биеийнх нь төлөөлөгчийн газар гэж үзэх үндэс болохгүй.

6 дугаар зүйл. Үл хөдлөх эд хөрөнгөнөөс орох орлого

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсад байрладаг үл хөдлөх эд хөрөнгөнөөс Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суугч орлого /түүний дотор хөдөө аж ахуй буюу ойн аж ахуйгаас олсон орлого/ олбол уг орлогоос энэхүү хөрөнгө байрлаж буй нөгөө Улс татвар авч болно.
2. Энэхүү зүйлийн 1 дүгээр заалт нь үл хөдлөх эд хөрөнгийг шууд ашиглах, бусдад түрээслүүлэх, эсвэл бусад аль ч хэлбэрээр ашиглах замаар олсон орлогод хамаарна.
3. Энэхүү зүйлийн 1 болон 2 дугаар заалт нь аж ахуйн нэгжийн үл хөдлөх эд хөрөнгө, түүнчлэн бие даасан хувийн үйлчилгээнд ашигласан үл хөдлөх эд хөрөнгөнөөс олсон орлогод хамаарна.

7 дугаар зүйл. Аж ахуйн үйл ажиллагааны ашиг

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгж нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын нутагт байрладаг төлөөлөгчийн газраар дамжуулан аж ахуйн үйл ажиллагаа эрхлээгүй тохиолдолд зөвхөн Хэлэлцэн тохирогч Улс татвар ногдуулна. Хэрэв аж ахуйн нэгж нь дээр дурдсан үйл ажиллагаа эрхэлбэл уг аж ахуйн нэгжийн ашгийн зөвхөн тухайн төлөөлөгчийн газарт хамаарах хэсэгт Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс татвар ногдуулж болно.
2. Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгж, Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын нутагт байрладаг өөрийн төлөөлөгчийн газраар дамжуулан аж ахуйн үйл ажиллагаа эрхэлж буй тохиолдолд уг төлөөлөгчийн газар нь төлөөлж буй аж ахуйн нэгжтэйгээ бүрэн бие даасан байдлаар харьцан адил, эсвэл төстэй үйл ажиллагаа, адил буюу төстэй нөхцөлд эрхлэн явцуулж олж болох байсан ашгийг энэхүү зүйлийн 3 дугаар заалтын дагуу уг төлөөлөгчийн газрын ашиг гэж Хэлэлцэн тохирогч Улс бүрт тооцно.
3. Төлөөлөгчийн газрын ашгийг тодорхойлохдоо аж ахуйн үйл ажиллагааг эрхлэн явчуулахад тус төлөөлөгчийн газраас өөрийн байгаа Хэлэлцэн тохирогч Улс болон бусад улсад зарцуулсан аж ахуйн болон вахиргааны зардлыг хасч тооцно.
4. Хэлэлцэн тохирогч Улсад тусгай тохиолдолд 2 дугаар зүйлийн дагуу ашгийг төлөөлөгчийн газартаа хуваарилах боломжгүй буюу энэ нь нэн хүндрэлд хүргэж байвал өөрийн салбарчудаа аж ахуйн нэгж нийт ашгаа төгшээр хэсэглэн хуваарилдаг аргаар төлөөлөгчийн газарт ногдох ашгийг хуваахад энэхүү зүйлийн 2 дугаар заалт саад болохгүй. Гэхдээ хөвшсөн аргаар орлогыг хуваарилсантай холбогдон гарах үр дүн нь энэ зүйлийн зарчмуудтай зөрчилдөхгүй байвал өхино.

5. Аж ахуйн нэгж нь төлөөлөгчийн газраар дамжуулан бараа, эд агуурсыг зөөхөн худалдан авдаг бол үүнийг үндэслэн чг төлөөлөгчийн газрыг ашиг олсонд тооцож үл болно.
6. Энэхүү зүйлийн өмнөх заалтчуудад нийцүүлэн төлөөлөгчийн газарт хамаарах ашгийг тодорхойлох аргыг өөрчлөх бэлтгэй үндэслэлгүй бол тогтсон нэг арга хэрэглэнэ.
7. Хэрэв аж ахуйн үйл ажиллагааны ашиг нь энэхүү Хэлэлцээрийн бүсэд зүйлд тусгайлан тодорхойлсон төрлийн орлогыг агчуулсан бол тэдгээр зүйлийн заалтыг мөрдөхөд энэхүү зүйлийн заалтчууд үл нөлөөлнө.

8 дүгээр зүйл. Усан болон агаарын тээвэр

1. Олон улсын шугамд хөлөг онгоц болон нисэх онгоцоор тээвэр хийж олох ашигт зөвхөн тухайн аж ахуйн нэгж оршдог Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулна.
2. Хэрэв усан замын тээврийн байгууллагын голлох удирдлага нь хөлөг онгоцон дээрээ байрладаг бол энэхүү хөлөг онгоцны харьяалах боомт оршдог Хэлэлцэн тохирогч Улсад, хэрэв харьяалах боомт үгүй бол чг хөлөг онгоцны эзэмшигч байнга оршин сууж байгаа Хэлэлцэн тохирогч Улсад түүнийг байрладаг гэж үзнэ.
3. Энэхүү зүйлийн 1 дүгээр заалт нь пүл, хамтарсан үйл ажиллагаа болон олон улсын тээврийн байгууллагын үйл ажиллагаанд оролцож олсон ашигт мөн хамарна.

9 дүгээр зүйл. Хоршоон аж ахуйн нэгжүүд

1. Хэрэв:

- а/ Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгж Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын аж ахуйн нэгжийн удирдлага, хяналт болон хөрөнгөд шүүд болон шүүд бүсээр оролцдог бол;
- б/ тодорхой этгээдүүд Хэлэлцэн тохирогч Улсын болон Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын аж ахуйн нэгжийн аль алиных нь удирдлага, хяналт бүшү хөрөнгөнд шүүд бүшү шүүд бүсээр оролцож байгаа.

аль ч тохиолдолд тэдгээр хоёр нэгжийн хооронд тогтсон худалдаа, санхүүгийн харилцааны нөхцөл нь биеэ даасан аж ахуйн нэгжүүдийн хоорондын харилцааны нөхцөлөөс илгээтэй байвал тухайн аж ахуйн нэгжид оногдох өстэй аливаа ашиг дээрх илгээтэй нөхцөлийн улмаас тооцогдоогүй байвал түүнийг чг аж ахуйн нэгжийн ашигт орчуулан тооцож зохио журмын дагчү татвар ногдуулна.

10 дүгээр зүйл. Дивиденд

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог компанмас Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршигч этгээдэд төлж бүй дивидендэд дивиденд төлж байгаа компани оршдог Хэлэлцэн

тохирогч Улсад татвар оногдуулж болно. Гэвч оногдуулах татвар нь доор зааснаас хэтрэхгүй:

хэрэв дивидендийг авагч нь жинхэнэ эзэмшигч байвал

- а/ хэрэв дивиденд авагч компани нь /хоршооллыг орлоцуулах-гүй/ дивиденд төлж байгаа компаний хөрөнгийн 10-аас доошгүй хэвийг шүүд эзэмшиж байгаа бол нийт дивидендийн 5 хувиар;
- б/ хэрэв бусад бүх тохиолдолд нийт дивидендын 10 хувиар.

Энэхүү заалт нь дивиденд төлөгч компаний дивидендийг төлсөн орлогын татварын хувьд хамаарахгүй.

2. Энэхүү зүйлд тусгагдсан "Дивиденд" гэсэн нэр томъёонд:

- а/ хувьцаанаас олсон орлогыг оролцуулсан хувьцааны ногдол ашиг "жочиссанс хувьцаа", "жочиссанс эрх", чурхайн хувьцааны ногдол ашиг, байгуулагчийн хувьцааны ногдол ашиг болон өрийн нэхэмжлэлээс бусад хэлбэрээр оролцох эрхээс үүсэх орлого;
- б/ хуваарилалт кийж буй хуулийн этгээд байнга оршдог Хэлэлцэн тохирогч Улсын хууль зүйн дагуу хувьцааны орлоготой адилтган татвар оногдуулдаг бусад орлого; Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсад татвар оногдуулах зорилгоор хөрөнгө орчулалтын фонд болон хөрөнгө орчулалтын тусгай фондын эрхийн дагуу хуваарилсан оролцооны (идэвхтэй бус оролцогчийн) орлого тус тус хамаарна.

3. Хэрэв дивидендийн эрхийг жинхэнэ эзэмшигч нь Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог бөгөөд дивиденд төлөгч компани байрладаг нөгөө Улсад төлөөлөгчийн газар буюу бие даасан хувийн үйлчилгээ өрхөлдөг төвлөсөн газраар дамжуулан үйл ажиллагаа явуулдаг ба дивидендийн эрх хэрэг дээрээ энэ төлөөлөгчийн газар буюу төвлөсөн газарт шүүд хамааралтай бол I дүгээр заалтыг баримтлахгүй. Энэ тохиолдолд 7 буюу 14 дүгээр зүйлийн аль тохиромжтойг хэрэглэнэ.

4. Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог компани Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад ашиг буюу орлого олж байвал нөгөө Улс уг компаний төлж буй дивидендэд татвар ногдуулж болохгүй. Гэхдээ уг компаниас нөгөө Улсад байнга оршин суугчид тилж байгаа дивиденд буюу дивиденд авах эрх нь нөгөө Улс дахь төлөөлөгчийн газар ба төвлөсөн газартай шүүд хамааралтай бол татвар ногдуулж болно. Харин компаний хуваарилагдаагүй ашигт төлөгдсөн дивиденд нь, хуваарилагдаагүй ашиг, бүхэлдээ буюу хосэгчлэн нөгөө Улсад бий болсон ашиг, орлогоос бүрэлдэж байлаа ч гэсэн татвар ногдуулж болохгүй.

11 дүгээр зүйл. Хүү

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсад бий болж, Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суугч этгээдэд төлсөн хүүд хүү бий болоон Хилэлцэн тохирогч Улсад түүний хуулийн дагуу татвар ногдуулж болно. Гэхдээ хүү авагч нь хүүгийн жинхэнэ эзэмшигч бол татварын хэмжээ нийт хүүгийн 10 хувиас хэтрэх болохгүй.

2. 1 дүгээр заалтыг үл харгалзан:

- а/ Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсад бий болж Монгол Улсын Засгийн газар буюу Монгол Банканд толсон хүүг Германы татвараас чөлөөлнө;
- б/ Монгол Улсад бий болж Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын Засгийн газар, Германы Бундесбанк, Кредитанштатт Фюр Видерауфбай буюу Германы Инвестиционы-унд Ентвиклунгсгеселлшафт буюу Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын байнгын оршин суугчийн "Хермес Декунг"-аар даатгачуудсан буюу батлагаажуулан өрийн хувьд хүүг Монголын татвараас чөлөөлнө.

Энэхүү заалтыг Засгийн газрын бусад байгууллагад хамааруулах талаар Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын эрх бүхий байгууллагууд харилцан тохирно.

- 3. Энэхүү зүйлд тусгагдаж буй "хүү" гэсэн нэр томъёонд барьцаа-глар баталгаажуулсан эсэх, зээлдэгчийн өрийн нэхэмжлэлээс үүссэн орлогод оролцох эрхтэй эсэхийг үл харгалзан, ллангула улсын илээллэгээ, бусад үнэт цааснаас орох орлого, мөн тэдгээрийн чрамшууллын орлого орно. Харин төлбөр тооцоо хожимдуулсны тургууль нь энэхүү зүйлд дурдсан хүү гэж тооцогдохгүй.
- 4. Хэрэв хүү авах эрхийг жинхэнэ эзэмшигч нь Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог боловч Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад төлөөлөгчийн газраараа дамжуулан үйл ажиллагаа явуулж, тэнд нь энэ хүү бий болж байгаа, эсвэл Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад оршдог төвлөсөн газраас хувийн бие даасан үйлчилгээ эрхэлдэг бөгөөд хүү авах эрх нь дурдсан төлөөлөгчийн газар буюу төвлөсөн газартай шувд хамааралтай бол энэхүү зүйлийн 1, 2 дугаар заалтыг мөрдлөг болгохгүй. Энэ тохиолдолд 7 буюу 14 дугаар үйллийн аль тохиромжтойг хэрэглэнэ.
- 5. Хүү төлөгч нь Хэлэлцэн тохирогч Улс өөрөө, түүний муж, засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгж буюу уг Улсын байнга оршин суугч бол, хүүг Хэлэлцэн тохирогч Улсад бий болсон гэж үзнэ. Нөгөө талаар Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугч өөрийг үл харгалзан, хүүг төлөгч этгээд Хэлэлцэн тохирогч Улсад төлөөлөгчийн газар, эсвэл төвлөсөн газартай бөгөөд үүнтэй холбогдон хүү төлөгдөж, уг хүү энэ төлөөлөгчийн газарт эсвэл төвлөсөн газарт бий болж байгаа бол дээрх төлөөлөгчийн газар, эсвэл төвлөсөн газар оршиж байгаа Хэлэлцэн тохирогч Улсад хүүг бий болсон гэж үзнэ.
- 6. Хэрэв хүү төлөгч болон хүү авах эрхийг жинхэнэ эзэмшигчийн хооронд, мөн түүнчлэн төдгөөрийн болон ямар нэгэн хөндлөнгийн этгээдийн хоорондын онцлог харилцаанаас шалтгаалан төлж буй хүүгийн хэмжээ нь ийм харилцаа байхгүй байсан үед хүү төлөгч болон жинхэнэ эзэмшигч хоёр хоорондоо тохиролцож болж байсан хэмжээнээс хэтрэж байвал, энэ үйллийн заалтууд нөхкөн тохиролцож болж байсан хэмжээнд хамаарна. Энэ тохиолдолд хүүгийн төлбөрийн илүү гарсан өөрүүд Хэлэлцэн тохирогч Улс бүр өөрийн хуулийн дагуу энэ Хэлэлцээрийн бусад заалтыг харгалзан татвар ногдуулж болно.

12 дугаар зүйл. Шан харамж, эрхийн шимтгэл

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсад бий болж байгаа бөгөөд Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суугчид төлж буй шан харамж, эрхийн шимтгэлд шан харамж, эрхийн шимтгэл бий болсон Хэлэлцэн тохирогч Улсад түүний хуулийн дагуу татвар ногдуулж болно. Гэхдээ хүүг авагч нь хүүгийн жинхэнэ эзэмшигч бол татварын хэмжээ нийт хүүгийн 10 хувиас хэтэрч болохгүй.
2. Энэхүү зүйлд хэрэглэгдэж буй "шан харамж, эрхийн шимтгэл" гэсэн нэр томъёонд, уран зохиолын хэвлэн нийтлэх эрх, урлаг уран сайхан болон шинжлэх ухааны бүтээл, түүний дотор уран сайхны кино, бусад кино, патент, барааны тэмдэг болон дизайн, үүний зэрэгцээ загвар, зураг төсөл болон нүүц томъёолол буюу процессийг ашигласан буюу ашиглах эрх эдэлсэн, эсвэл үйлдвэрлэл, худалдаа буюу шинжлэх ухааны багаж хэрэгсэл, эсвэл үйлдвэр, худалдаа буюу шинжлэх ухааны туршлагатай холбогдсон мэдээллийг ашигласан буюу ашиглах эрх эдэлсний төлөө төлж буй бүх төрлийн төлбөрийг хамааруулна.
3. Хэрэв шан харамж, эрхийн шимтгэл жинхэнэ эзэмшигч нь Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршдог боловч Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь төлөөлөгчийн газраар дамжуулан үйл ажиллагаагаа явуулдаг бөгөөд тэнд энэхүү орлого бий болж байгаа, эсвэл Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад оршдог товлосон газраар дамжуулан бие даасан хувийн үйлчилгээ хийдэг, түүнчлэн шан харамж, эрхийн шимтгэл авах эрх буюу хөрөнгө нь хэрэг дээрээ энэхүү төлөөлөгчийн газар эсвэл товлосон газарт шууд хамааралтай бол энэхүү зүйлийн 1 дүгээр заалтыг үл харгалзана. Энэ тохиолдолд 7 буюу 14 дугаар зүйлийн аль тохиромжтойг хэрэглэнэ.
4. Шан харамж, эрхийн шимтгэл төлөгч нь Хэлэлцэн тохирогч Улс оорөө, түүний муж, засаг захиргаа нутаг дэвсгэрийн буюу уг Улсын байнга оршин суугч бол, уг шан харамж, эрхийн шимтгэл Хэлэлцэн тохирогч Улсад бий болсон гэж үзнэ. Нөгөө талаар Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суудаг эсэхийг үл харгалзан шан харамж, эрхийн шимтгэл төлөгч этгээд уг Хэлэлцэн тохирогч Улсад төлөөлөгчийн газар эсвэл товлосон газраар дамжуулан шан харамж, эрхийн шимтгэл төлөх үүрэг хүлээж шан харамж, эрхийн шимтгэл нь тэрхүү төлөөлөгчийн газар эсвэл товлосон газарт бий болсон бол төлөөлөгчийн газар эсвэл товлосон газрын оршиж байгаа Хэлэлцэн тохирогч Улсад шан харамж, эрхийн шимтгэл бий болсон гэж үзнэ.
5. Шан харамж, эрхийн шимтгэл төлөх болон авах эрхийг жинхэнэ эзэмшигчид буюу тэдгээрийн, болон бусад хөндлөнгийн этгээдийн хоорондын онцлог харилцааны үлмаас ашиглаж хэрэглэх, эрх авах ба мэдээллийн хувьд төлөгдөн шан харамж, эрхийн шимтгэлийн хэмжээ нь ийм харилцаа байхгүй тохиолдолд түүнийг төлөгч ба жинхэнэ эзэмшигч хоёрын хоорондоо тохиролцож болох байсан хэмжээнээс хэтэрээл өнөхүү буйлийн заалтууд зөвхөн тохиролцож болох байсан хэмжээнд хамаарна. Энэ тохиолдолд төлбөрийн илүү гарсан зөрүүд энэхүү Хэлэлцээрийн бусад заалтыг харгалзан Хэлэлцэн тохирогч Улс бүр өөрийн хуулийн дагуу татвар ногдуулна.

13 дугаар зүйл. Хөрөнгө борлуулсны орлого

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугч Хэлэлцэн тохирогч ногоо Улсад байгаа үл хөдлөх эд хөрөнгийг худалдаж борлуулснаас олсон орлогод нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.
2. Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжийн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь төлөөлөгчийн газрын үйл ажиллагаанд ашиглагддаг хөдлөх эд хөрөнгийн зарим хэсэг буюу Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугчаас Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад бие даасан хувийн үйлчилгээ ивчлэх зорилгоор ашиглаж буй төвлөсөн газарт харьяалагдах хөдлөх эд хөрөнгийг худалдаж борлуулснаас орох орлого, мөн түүнчлэн ийм төлөөлөгчийн газар /дангаар нь эсвэл бүх аж ахуйн газрын хамт/ буюу ийм төвлөсөн газрыг худалдаж борлуулснаас орох орлогод нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.
3. Олон улсын шугамд ашиглагдаж буй хөлөг онгоц, нисэх онгоц буюу эдгээр тээврийн хэрэгслийн үйл ажиллагаанд хамрагдах хөдлөх эд хөрөнгө худалдаж борлуулснаас олсон орлогод ийм тээврийн хэрэгслийн голлох удирдлага нь байрладаг тэр Улсад татвар ногдуулж болно.
4. Энэхүү зүйлийн 1,2 болон 3 дугаар заалтад зааснаас бусад аливаа хөрөнгийг худалдан борлуулснаас олох орлогод зөвхөн уг хөрөнгийг худалдсан этгээдийн байнга оршин суудаг Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулж болно.

14 дүгээр зүйл. Бие даасан хувийн үйлчилгээ

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суугчийн мэргэжлийн үйлчилгээ үзүүлсэн, эсвэл бие даасан шинжтэй аливаа бусад үйл ажиллагаа өрхлэн олсон орлогод байнга оршин суугч нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад өөрийн үйл ажиллагааг ивчлэхэд ашиглаж болох төвлөсөн газаргүй буюу байнга оршин суугчийн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад нийт байсан хугацаа нь тухайн жилийн хуанлийн 183 өдрөөс даваагүй тохиолдолд зөвхөн тэр Улсад татвар оногдуулж болно. Хэрэв байнга оршин суугч нь тийм төвлөсөн газартай буюу дээр дурьдсан хугацаанд байсан бол нөгөө Улсад татвар оногдуулж болох боловч зөвхөн тэр төвлөсөн газарт буюу дээр дурьдсан хугацаанд хамаралтай орлогод татвар оногдуулна.
2. "Мэргэжлийн үйлчилгээ" гэдэг нь ивнжлэх ухаан, уран зохиол, соёл урлаг, боловсрол болон багшлах бие даасан үйл ажиллагаа, түүнчлэн эмч, өмгөөлөгч, инженер, архитекторч, шүдний эмч болон нягтлан бодогч нарын бие даасан үйл ажиллагааг хэлнэ.

15 дугаар зүйл. Бие даасан бус хувийн үйлчилгээ

1. Хэрэв зөвхөн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад ажил үйлчилгээ гүйцэтгэсэн бол Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугчийн ажил хийж авсан цалин хөлс, болон түүнтэй адилтгах орлогод 16, 18 ба 19 дүгээр зүйлд заасанчлан Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс татвар ногдуулна.

2. Энэхүү зүйлийн 1 дүгээр заалтыг үл харгалзан Хэлэлцэн тохирогч Улсын оршин суугч Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад гүйцэтгэж буй ажил үйлчилгээнээс олсон орлогод анхдагч Хэлэлцэн тохирогч Улс дор дурдсан нөхцөлд татвар ногдуулна:
- а/ орлого авагч нь тухайн хуанлийн жилд нийтдээ 183 өдрөөс илүүгүй хугацаагаар Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байсан бол;
 - б/ орлогыг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суудаггүй этгээд өөрөө, эсвэл энэ этгээдийн нэрийн өмнөөс төлсөн бол;
 - в/ орлогыг үг этгээдийг хөлслөгчийн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь төлөөлөгчийн газар буюу товлосон газар нь төлөөгүй бол;
3. Энэхүү зүйлийн түрүүчийн заалтуудыг үл харгалзан Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжээс олон улсын шугамд тээвэр хийж буй хөлөг онгоц, нисэх онгоц дотор хийж гүйцэтгэсэн ажил үйлчилгээнд тухайн аж ахуйн нэгжийн голлох удирдлага байрладаг Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулна.

16 дугаар зүйл. Захирлуудын хөлс

Хэлэлцэн тохирогч Улсын оршин суугч Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь компанийн захирлуудын зөвлөлийн гишүүний хувьд авсан цалин болон түүнтэй адилтгах бусад төрлийн шагнал урамшуулал Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.

17 дугаар зүйл. Урлагийн ажилтнууд ба тамирчид

1. Энэхүү Хэлэлцээрийн 7,14 ба 15 дугаар зүйлийн заалтуудыг үл харгалзан Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суугаа театр, киноны жүжигчин, радио буюу телевизийн урлагийн ажилтан, хөгжимчин буюу тамирчин Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад хувийн тоглолт хийж олсон орлогод Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.
2. Энэхүү Хэлэлцээрийн 7,14 ба 15 дугаар зүйлийн заалтуудыг үл харгалзан урлагийн ажилтан, тамирчны олсон орлого өөрт нь биш бусад этгээдэд оногдож байгаа тохиолдолд үг орлогод тоглолт болсон тухайн Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулж болно.
3. Гэхдээ дээр дурдсан үйл ажиллагааг тухайн Улсад айлчлах үедээ Хэлэлцэн тохирогч нөгөө улсын байнга оршин суугч гүйцэтгэсэн бөгөөд Улс, муж, засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгж буюу нөгөө Улсад нийтийн тусын төлөө ажилладаг байгууллага гэж тогтсон байгууллага үг айлчлалыг шүүд буюу шүүд бусаар санхүүжүүлсэн бол 1 дүгээр заалтад дурдсан Улсад татвар оногдуулахгүй.

18 дугаар зүйл. Тэтгэвэр

1. Энэхүү Хэлэлцээрийн 19 дүгээр зүйлийн 1 дүгээр заалтын дагуу Хэлэлцэн тохирогч Улсад оршин суугч этгээдийн урьд хийж байсан ажилтай нь холбоотой тэтгэвэр болон түүнтэй адилтгах бусад олгосон төлбөрт зөвхөн тухайн Улсад татвар ногдуулна.

19 дүгээр зүйл. Засгийн газрын альа

1. Хэлэлцэн тохирогч Улс, муж, засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгжээс тухайн байгууллагад альа хашиж байсны хувьд олгох тэтгэврийг оролцуулсан төлбөрт зөвхөн тухайн Улсад татвар ногдчuurна. Гэхдээ уг хувь этгээд нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад альа хашиж байсан ба тэнд байнга оршин суугч, эхэнд дурдсан Улсын үндэстэн биш бол ийм төлбөрт нь зөвхөн нөгөө Улсад татвар оногдуулна.
2. Хэлэлцэн тохирогч Улс, муж, засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн буюу орон нутгийн эрх барих нэгжид альа хашиж байсны хувьд олгосон төлбөр, тэтгэврийг 15,16 ба 18 дугаар зүйлд хамаарчуулна.
3. Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад тэр Улсын зөвшөөрлөөр туслаж байгаа мэрэгжилтэн буюу сайн дурынханд Хэлэлцэн тохирогч Улс, муж, засаг захиргаа, нутаг дэвсгэрийн нэгжийн үзүүлж байгаа хөгжлийн туслалцааны программын сангаас гаргасан шан харамжид 1 дүгээр заалт мөн хамаарна.

20 дугаар зүйл. Багш, оюутан, сурагч дадлага хийгчэд.

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсад ирэхийнхээ өмнө Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын байнга оршин суугч байсан буюу одоо хэвээр байгаа бөгөөд Хэлэлцэн тохирогч Улсад тэр Улс, түүний их, коллеж, ерөнхий боловсролын сургууль, мөвөй, бусад соёлын байгууллага болон хоёр жилээс илүүгүй хугацаагаар соёлын солилцооны альбан ёсны программын дагуу зөвхөн багшлах, лекц унших буюу дээр дурдсан байгууллагад судалгаа шинжилгээ явуулах зорилгоор нөгөө Улсад ажиллаж олсон орлогыг Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвараас чөлөөлнө.
2. Хэлэлцэн тохирогч Улсад зөвхөн дараахь зорилгоор оршиж байгаа хувь этгээдийн;
 - а/ Хэлэлцэн тохирогч тэр Улсад байгаа их сургууль, коллеж, сургуулийн оюутан, сурагч;
 - б/ үйлдвэрлэлийн дадлага хийгч (Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын хувьд "Волонтер" буюу "практикант"-ийг орчуулна);
 - в/ шашин, баяны үйлэ, шинжлэх ухаан, боловсролын байгууллагаас шинжилгээ судалгаа буюу суралцах үндсэн зорилгоор олговон тусламж, олговор, тэтгэлэг;
 - г/ Хэлэлцэн тохирогч Улсын Засгийн газрын хэрэгжүүлж байгаа техникийн хамтын ажиллагааны программын гишүүн;

болон Хэлэлцэн тохирогч Улсад ирэхийнхээ өмнө Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын байнга оршин суугч байсан буюу одоо хэвээр байгаа хувь этгээдийн суралцах, дадлага хийж, амьдралд нь зориулж мөнгөнийг судалгааг явуулсан Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвараас чөлөөлнө.

21 дүгээр зүйл. Бусад орлого

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугчийн элж бий энэхүү Хэлэлцээрийн өмнөх зүйлүүдэд хөндөгдөнгүй аливаа орлогод өөшхөн Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулна.
2. Хэрэв орлого олгогч нь Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугч бөгөөд Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь төлөөлөгчийн газраараа дамжуулан үйл ажиллагаа явуулж байгаа буюу Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улс дахь төлөөлөгч газраар дамжуулан бие даасан хувийн үйлчилгээ үзүүлж байгаа бөгөөд уг орлогоотой хольцодсон эрх нь эд хөрөнгө нь энэ төлөөлөгчийн газар буюу төлөөлөгч газартай шүлд хольцотой бол үл хөдлөх хөрөнгийн орлогоос бусад орлогын хувьд энэхүү зүйлийн 1 дүгээр шалт үл хамарна. Энэ тохиолдолд 7 буюу 14 дүгээр зүйлийн аль тохиромжтойг хэрэглэнэ.

22 дугаар зүйл. Хөрөнгө

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугч элэмшиж байгаа нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байрладаг үл хөдлөх хөрөнгөөр илэрхийлэгдэж байгаа хөрөнгөд нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.
2. Хэлэлцэн тохирогч Улсын үйлдвэр нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад өөрийн байнгын төлөөлөгчийн газрын үйл ажиллагаанд ашиглагдаж хөрөнгийн зарим хэсгийг гурдүүлэгч хөдлөх хөрөнгөөр илэрхийлэгдсэн хөрөнгө буюу бие даасан хувийн үйлчилгээ явуулах зорилгоор ашиглаж буй төлөөлөгч газарт харьяалагдах хөдлөх хөрөнгөөр илэрхийлэгдсэн хөрөнгөд Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад татвар ногдуулж болно.
3. Олон улсын шүгэмд ашиглагдаж буй хөдлөх онгоц, нисэх онгоцоор илэрхийлэгдсэн хөрөнгө буюу одгээр тээврийн хэрэгслийн үйл ажиллагаанд хамрагдах хөдлөх хөрөнгөд тухайн аж ахуйн нэгжийн голлох удирдлага газар байрладаг өөшхөн төр Хэлэлцэн тохирогч Улсад татвар ногдуулна.
4. Байнга оршин суугчийн хувьд төрлийн бүх хөрөнгөд өөшхөн төр Улсад л татвар ногдуулна.

23 дугаар зүйл. Давхар татвар ногдуулахаас зайлсхийх талаар

1. Хольцооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын байнга оршин суугчийн хувьд татварыг дараахь байдлаар тодорхойлно:
 - а/ Энэхүү хэлэлцээрийн дагуу Монгол Улсад бий болсон орлогын аливаа төрөл болон Монгол Улсын нутаг дэвсгэрт ордог хөрөнгийн аливаа төрөл нь б/ хэсэгт заасан гадаадын хөнгөлөлтөд хамраагүй байвал Германы татвараас чөлөөлөгдөнө. Гэвч чөлөөлөгдсөн орлогын болон хөрөнгийн төрлүүдэд татварын хувь хэмжээг тогтоох эрхийг Хольцооны Бүгд Найрамдах Герман Улс өөртөө үлдээнэ.

Монгол Улсад байнга оршин суугч компаниас Хольцооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын байнга оршин суугч компанид

(хоршоог оролцуулахгүй) төлсөн дивидендэд чөлөөлөлт нь хамрах бөгөөд Германы компани нь дивиденд өгсөн компаний хөрөнгийн 10 доошгүй хувийг шууд эзэмшдэг байх ёстой.

Дивидендийг нь чөлөөлсөн аливаа хувьцааны хөрөнгө татвараас чөлөөлөгдөх бөгөөд хэрэв тологдсон бол өмнө дурдсаны дагуу мөн чөлөөлөгдөнө.

- б/ Монгол Улсад бий болсон орлогын дараачийн төрлүүдэд болон Монгол Улсад байрлаж байгаа хөрөнгийн төрлүүдэд Монгол Улсын хуулийн дагуу төлсөн компани хоршооны болон хөрөнгийн татварыг Германы татварын хуулийн гэдээд хөнгөлөлтийн нөхцөлд хамруулж энэхүү хэлэлцээрийн дагуу Германы татварын хувьд хөнгөлнө.

- аа/ а/ заалтад хамрагдахгүй дивиденд;
 бб/ хүү;
 вв/ шан харамж, эрхийн шимтгэл;
 гг/ захиралын хөлс;
 дд/ тамирчин болон урлагийн ажилтны орлого;
 ее/ үл хөдлөх хөрөнгө, түүний орлого.

Төлөөлөгчийн газрын ашигт а/ хэсгийг хэрэглэхэд г/ хэсэг нь саад болж байгаагаас бусад тохиолдолд Монголд байрлаж байгаа болон 7 дугаар зүйлд хамааралтай төлөөлөгчийн газартай холбоотой буюу Монголд байрлаж байгаа болон төвлөсөн газартай үр дүнгээрээ үл хөдлөх хөрөнгө нь 14-р зүйлд хамааралтай холбогдож байвал энэ заалтад хамаарахгүй.

- в/ Энэ заалтын б/ хэсэг дэх хөнгөлөлтийг тооцохдоо 10 дугаар зүйлийн 1 дүгээр заалтын б/ хэсэг, 11 дүгээр зүйлийн 1 дүгээр заалт, 12 дугаар зүйлийн 1 дүгээр заалттай холбоотой орлогын нийт хэмжээнээс 10 хувиар Монголын татварыг авсан гэж тооцно.
- г/ а/ хэсгийг үл харгалзан Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын байнга оршин суугч нь төлөөлөгчийн газар буюу компаний олсон орлого нь голчлон буюу бүр мөсөн идэвхтэй үйл ажиллагаанаас бүрдсэн гэдгийг батлаж чадах зөвхөн энэ тохиолдолд 7 ба 10 дугаар зүйлтэй холбоотой орлогын төрлүүд болон, төлөөлөгчийн газрын үндсэн үйл ажиллагааны хөрөнгийг борлуулснаас олсон орлогын болон хөрөнгийн төрлүүдийн орлогыг Германы татвараас чөлөөлнө.

10 дугаар зүйлтэй хамаарагдах орлогын төрлүүд болон хөрөнгийн төрлүүдийн хувьд Монгол Улсын байнга оршин суугч-бусад компаниудад оруулсан хувьцаанаасаа авч байгаа дивидендэд ч хөнгөлөлтийг хэрэглэнэ. Гэхдээ эцсийн хуваарилалт хийгч компани нь идэвхтэй үйл ажиллагаа явуулж хувьцааны 25 - аас багагүй хувийг эзэмшдэг байх ёстой.

Дараахь үйл ажиллагааг идэвхтэй үйл ажиллагаа гэнэ:

Монгол Улсын нутаг дэвсгэрт бараа үйлдвэрлэх, борлуулах ба худалдах, техникийн зөвлөлгөө өгөх ба инженерийн үйлчилгээ үзүүлэх, банк ба даатгал эрхлэх.

Хэрэв үүнийг батлах боломжгүй бол в/ хэсгийн зохиомол хөнгөлөлтийн оронд б/ хэсгийн хөнгөлөлтийг хэрэглэнэ.

2. Монгол Улсын байнга оршин суугчийн хувьд татварыг дараахь байдлаар тодорхойлно:

Монгол Улсын оршин суугчийн Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсаас олсон орлогод Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсад төлсөн татварын хэмжээгээр энэ Хэлэлцээрийн дагуу тэрхүү оршин суугчид оногдуулсан Монголын татвараас хөнгөлж болно. Гэхдээ хөнгөлөлтийн хэмжээ нь Монгол Улсын татварын хууль тогтоомжоор тухайн орлогод оногдуулсан татварын хэмжээнээс хэтэрч болохгүй.

24 дүгээр зүйл Ялгаварлан гадуурхах явдал гаргахгүй байх

1. Хэлэлцэн тохирогч Улсын харьяат Хэлэлцэн тохирогч нөгөө улсад татвар төлөх болон түүнтэй холбоотой бусад шаардлагын хувьд Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын харьяатаас татварын адилгүй буюу илүү хүндрэлтэй нөхцөлд оруулахгүй. Энэхүү Хэлэлцээрийн 1 дүгээр зүйлийн үл харгалзан уг заалт нь Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын аль нэгэнд нь, эсвэл алинд нь ч оршин суудаггүй этгээдэд мөн адил хамаарна.
2. Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжийн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байрладаг төлөөлөгчийн газраас татвар төлөх нөхцөлийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад түүнтэй адилтгах төрлийн үйл ажиллагаа явуулдаг аж ахуйн нэгжийн татвар төлөх нөхцөлөөс доор байлгаж болохгүй. Дээрх заалт нь Хэлэлцэн тохирогч Улс нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын байнга оршин суугчдыг өөрийн байнга оршин суугчдын адил татвараас чөлөөлөх, хөнгөлөх, багасгах эрх эдлүүлэх ёстой гэсэн утгаар хэрэглэгдэхгүй.
3. Энэхүү Хэлэлцээрийн 9 дүгээр зүйл, 11 дүгээр зүйлийн 6 дугаар заалт, 12 дугаар зүйлийн 5 дугаар заалтыг хэрэглэхээс бусад тохиолдолд Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжийн татвар ногдох ашгийг тодорхойлоходоо тухайн аж ахуйн нэгжээс Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суугч этгээдэд төлж буй хүү, шан харамж, эрхийн шимтгэл болон бусад төлбөрийг хасна. Гэхдээ Хэлэлцэн тохирогч Улсад байнга оршин суугч этгээдэд Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад байнга оршин суугчдаас төлж байгаа ийм төлбөрийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад хасч байгаагаар адил нөхцөлтэй байна. Ийм аж ахуйн нэгжийн татвар оногдох хөрөнгийг тодорхойлоход Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугчийн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын байнга оршин суугчид өгөх аливаа өрийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын байнга оршин суугчтай тохиросон гэж үзэж хасч тооцно.
4. Хэлэлцэн тохирогч Улсын аж ахуйн нэгжийн хөрөнгийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын байнга оршин суугч нэг буюу хэсэг этгээд шууд бусаар бүхэлд нь, эсвэл хэсэгчлэн өмчлөх буюу хянаж байвал Хэлэлцэн тохирогч Улс өөрийн адил төрлийн үйл ажиллагаа явуулж буй аж ахуйн нэгжийн татвар төлөх буюу түүнтэй

хольбоотой шаардлагаас адилгүй буюу илүү хүндрэлтэй байдалд орчуулахгүй.

5. 2 дугаар зүйлийн заалтуудыг үл харгалзан энэ зүйлийг аливаа татварт хамруулна.

25 дугаар зүйл. Харилцан тохирох журам

1. Хэрэв аливаа этгээд Харилцан тохирогч аль нэг Улс энэхүү Хэлэлцээрт заагдаагүй татвар түүнд оногдуулсан буюу оногдуулах боллоо гэж үзвэл тухайн улсын хууль тогтоомжийн нэмэлт заалтуудыг үл харгалзан өөрийн байнга оршин суугаа Хэлэлцэн тохирогч Улс буюу /хэрэв түүнд 24 дугаар зүйлийн 1 дүгээр заалтыг хэрэглэвэл / харъяат Улсынхаа эрх бүхий байгууллагад гомдлоо гаргаж болно. Гомдлыг энэхүү хэлэлцээрт заагдаагүй татвар ногдуулж байна гэж анх мэдсэнээс хойш 3 жилийн дотор гаргана.
2. Тухайн эрх бүхий байгууллага нь гомдолыг нотлож хангалттай шийдвэр гаргах боломжгүй бол Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын эрх бүхий байгууллагатай энэхүү Хэлэлцээрт заагдаагүй татвар ногдуулахгүй байх зорилгоор харилцан тохирох бүх арга хэмжээ авна. Аливаа тохиролцоог Хэлэлцэн тохирогч аль нэг Улсын хууль тогтоомжийн цаг хугацааны хязгаарлалтыг үл харгалзан хэрэгжүүлнэ.
3. Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын эрх бүхий байгууллагууд нь энэхүү Хэлэлцээрийн хэрэглэх болон тайлбарлахад үүсэх аливаа хүндрэлтэй болон эргэлзээтэй асуудлуудыг харилцан тохирох журмаар шийдвэрлэхийг эрмэлзэнэ. Мөн түүнчлэн энэхүү Хэлэлцээрт заагдаагүй орлогыг давхар татвараас чөлөөлөх асуудлыг тэд хамтран хэлэлцэж болно.
4. Энэ Хэлэлцээрт заасан татварын хязгаарлалтыг хэрэглэх зарчмыг Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын эрх бүхий байгууллагууд харилцан тохиролцооны үндсэн дээр зохицуулна.
5. Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын эрх бүхий байгууллагууд нь энэхүү зүйлийн өмнөх заалтын талаар тохиролцоонд хүрэх зорилгоор өөр хоорондоо шууд харилцаж болно.

26 дугаар зүйл. Харилцан мэдээлэл солилцох

1. Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсын эрх бүхий байгууллагууд энэхүү Хэлэлцээрт хамрагдах заалтуудыг хэрэгжүүлэх зорилгоор шаардагдах мэдээллийг харилцан солилцоно.

Хэлэлцэн тохирогч Улс Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсаас хүлээн авсан мэдээллийг тухайн улсын дотоодын хууль тогтоомжийн дагуу авах мэдээллийн нэгэн адил нучуцалж, зөвхөн энэхүү Хэлэлцээрт хамрагдах татварын асуудалтай хольцо бүхий этгээдүүд, эрх барих байгууллагуудад /шүүх, захиргааны байгууллагыг оролцуулан/ мэдэгдэх эрхтэй. Тэдгээр этгээд, эрх барих байгууллагууд нь уг мэдээллийг зөвхөн энэхүү Хэлэлцээрт хамрагдах татварын хэмжээг тодорхойлох, хураан дайчлах, албадах, ял шийтгэл оноох, даван заалдахыг тогтоох зорилгод

ашиглана. Түүнчлэн тэд дээрх мэдээллийг олон нийтийн шүүх ажиллагааны явцад задлах буюу шүүхийн шийдвэрт тусгаж болно.

2. Дээрх заалт нь ямар ч тохиолдолд Хэлэлцэн тохирогч Улсад дараах үүргийг хүлээлгэх өсгүй:

- а/ Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын хууль тогтоомж, захиргааны хэм хэмжээнд харшлах захиргааны арга хэмжээ хэрэгжүүлэх;
- б/ Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын хууль тогтоомж болон захиргааны ердийн үйл ажиллагааны дагчуу олж үл болох мэдээллээр хангах;
- в/ Хэлэлцэн тохирогч Улсуудын худалдаа, бизнес, аж үйлдвэр, мэргэжлийн нууц алдагдуулах мэдээ болон нийгмийн хэв журамд харшлах мэдээллээр хангах;

27 дугаар зүйл. Дипломат ба консулын төлөөлөгчдийн газрын тусгай эрх

1. Энэхүү Хэлэлцээр нь олон улсын эрх зүйн ерөнхий хэм хэмжээ болон тусгай Хэлэлцээрийн заалтуудын дагчуу элчингийн газар, консулын алба ба олон улсын байгууллагын гишүүдийн эдлэх санхүүгийн эрх дархыг үл хөндөнө.

2. 4 дүгээр зүйлийг үл харгалзан хэрэв хувь этгээд нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад буюу гуравдагч Улсад байрладаг Хэлэлцэн тохирогч Улсын элчингийн газар, консулын алба болон олон улсын байгууллагын гишүүн бол явчуулсан Улсын байнга оршин суугч гэж энэхүү Хэлэлцээрээр доорхи тохиолдолд тооцно:

- а/ олон улсын хуулиар гадаад орноос олсон орлогод хүлээн авсан оронд татвар төлөхгүй.
- б/ явчуулсан орондоо тухайн орны байнга оршин суугчийн хувьд дэлхийг хамарсан орлогоос хүлээсэн үүргийнхээ дагчуу татвар төлнө.

28 дугаар зүйл. Хүчин төгөлдөр болох хугацаа

1. Энэхүү Хэлэлцээрийг батламжлах бөгөөд батламж жуух бичгүүдийг *Улаанбаатар* хотод аль болох ойрын хугацаанд солилцоно.

2. Энэхүү Хэлэлцээр нь батламж жуух бичгүүдийг солилцсоноос хойш нэг сарын дараа хүчин төгөлдөр болох бөгөөд дараахь хүрээг хамарна:

- а/ Уг хэлэлцээр хүчин төгөлдөр болсон татварын жилийн дараахь хуанлийн жилийн 1 дүгээр сарын эхний өдөр буюу түүний дараагийн өдрөөс эхлэн эх үүсвэрт нь суутгасан ба төлсөн орлогын татварын хэмжээ;
- б/ Уг хэлэлцээр хүчин төгөлдөр болсон татварын жилийн дараахь хуанлийн жилийн 1 дүгээр сарын эхний өдөр буюу түүний дараагийн өдрөөс эхлэн бий болсон бусад татварууд.

29 дүгээр зүйл. Дуусгавар болох хугацаа

Энэхүү Хэлэлцээр нь хугацаагүй мөрдөгдөх боловч Хэлэлцэн тохирогч аль нэгэн Улс уг Хэлэлцээр хүчин төгөлдөр болсноос хойш 5 дахь хуанлийн жилийн 6 дугаар сарын 30-ны өдөр буюу түүнээс өмнө Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсад дипломат шугамаар бичгээр мэдэгдэх бөгөөд бичгээр мэдэгдсэнээр энэхүү Хэлэлцээр нь мэдэгдэл өгсөн жилийн дараагийн жилээс олсон аливаа орлогын хувьд цуцлагдана.

Энэхүү Хэлэлцээрийг 1994 оны 08 дугаар сарын 22-ны өдөр ...*Банк*... хотноо герман, монгол болон англи хэлээр тус бүр 2 хувь үйлдсэн бөгөөд эх бичвэрүүд нь адил хүчинтэй. Герман, монгол хэл дээрх эх бичвэрийг тайлбарлахад маргаан гарвал англи хэл дээрх эх бичвэрийг баримтална.

Холбооны Бүгд Найрамдах
Герман Улсыг төлөөлж:

Wolfgang Trunz
Wolfgang Trunz

Монгол Улсыг төлөөлж:

[Signature]

ПРОТОКОЛ

Орлого ба хөрөнгийн татварыг давхардуулж оногдуулахгүй байх тухай Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улс, Монгол Улс хоорондын Хэлэлцээрт *..БСН..* хотод *1994.08.22-нд* өдөр гарын үсэг зурахаар тохиров. Дараахь заалтууд нь энэхүү Хэлэлцээрийн салшгүй хэсэг мөн.

1. 7 дугаар зүйлтэй холбогдуулан:

- а/ Хэлэлцэн тохирогч Улсад байрладаг төлөөлөгчийн газарт барилгын талбай, барилга байгууламж болон угсралтын төсөл, тэдгээрийн идэвхтэй үйл ажиллагаанаас гаднах ашгийг хамааруулахгүй. Ийм үйл ажиллагаатай холбоотой буюу тусдаа, үйлдвэрийн газрын үндсэн төлөөлөгчийн газар буюу аливаа бусад төлөөлөгчийн газар болон гурав дахь этгээдийн нийлүүлсэн тоног төхөөрөмж, бараа, материалын хангамжийн орлогыг барилгын талбай, барилга байгууламж болон сучирлуултын төсөлд хамааруулахгүй.
- б/ Хэлэлцэн тохирогч Улсын байнга оршин суугчийн тэр улсдаа хийсэн Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Улсын байнгын төлөөлөгчийн газартай холбоотой дизайн, төлөөлөлт, инженерийн болон судалгааны ажил, техникийн үйлчилгээнээс олсон орлого нь тухай төлөөлөгчийн газарт хамаарахгүй.

2. 10 ба 11 дүгээр зүйлүүдтэй холбогдуулан:

Эдгээр зүйлүүдийг үл харгалзан дивиденд болон хүүд, тэдгээрийн бий болсон оронд татвар оногдуулж болно.

- а/ Хэрэв тэдгээр нь эрх буюу ашиг хүртэх эрхийг агчуулагч өрөөс олсон бол (Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын хуулийн дагуу "Гевинноблидационен" болон "партиаришис Дарлехен"-наас идэвхгүй оролцогчийн хүртсэн орлогыг оролцуулна) болон;
- б/ Хэрэв эзэлдэгчийн орлогыг тодорхойлоход түүний орлогоос тэдгээрийг хасдаг бол.

3. 23 дугаар зүйлтэй холбогдуулан:

- а/ Хэрэв Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын байнга оршин суугч Монгол Улсын нутаг дэвсгэр дэх эх үүсвэрээсээ олсон орлогоо хуваавал 1 дүгээр заалт нь Германы татварын хуулийн дагуу тийм хуваарилалтад корпорацийн татварыг албадан оногдуулахад саад болохгүй;
- б/ 23 дугаар зүйлийн 2 дугаар заалтын а/ хэсэгт заасан чөлөөлтөөр бус, харин б/ хэсэгт заасан хөнгөлөлтөөр Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улс нь давхар татвар оногдуулахад саад зайлсхийнэ;
- аа/ Хэрэв Хэлэлцэн тохирогч Улсууд дахь орлого, хөрөнгө нь энэ Хэлэлцээрийн өөр өөр заалт багтах буюу өөр өөр этгээдэд хамарч байвал (9 дүгээр зүйлээс бусад "Хоршсон аж ахуйн нэгжүүд") 25 дугаар зүйлийн дагуу маргааныг шийдвэрлэж болохгүй; болон,

- 1) Хэрэв ийм хамаарлуудаас болж тухайн орлого ба хөрөнгөд давхар татвар оногдуулахад хүрвэл; буюу,
- 2) Хэрэв ийм хамаарлууд нь тухайн орлого ба хөрөнгөд Монгол Улсад татвар оногдуулахгүй буюу зохисгүй хорогдуулсан татвар оногдуулахад хүргэвэл, тухайн орлого буюу хөрөнгө нь (энэ заалтыг хэрэглэхгүйгээр) Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсад чөлөөлөгдсөн хэвээр байхаар байвал; буюу,

66/ Хэлэлцээрийг бүрчлүүлж ашиглах буюу Хэлэлцэн тохирогч хоёр Улсад хоорондоо нь орлогын татвараас чөлөөлөгдөхөөс урьдчилан сэргийлэх зорилгоор орлогын бусад төрөлд энэ заалтыг хэрэглэх болсноо Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улс дипломат шугамаар зохих зөвлөлгөөний дараа өөрийн дотоодын хууль тогтоомжийн дагуу Монгол Улсад мэдэгдэнэ.

Дипломат шугамаар мэдэгдсэн (66/ хэсэгт дурдсанаар) мэдэгдэл дурдсан орлогыг Монгол Улс, Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын тодорхойлсноор энэхүү Хэлэлцээрт дурдсан орлогод хамруулж болно. Энэ заалтын дагуу гаргасан мэдэгдэл нь гаргасан жилийнхээ дараагийн хуанлийн жилийн эхний өдрөөс хүчин төгөлдөр болсноор мэдэгдэл гаргасан Хэлэлцэн тохирогч Улсын дотоодын хуулийн дагуух хуулийн аливаа нөхцлүүд нь биелэгдэх болно.

4. 26 дугаар зүйлтэй холбогдуулан:

Хэрэв энэхүү зүйлийн дагуу хувь хүний тухай мэдээлэл солилцвол дараахь нэмэгдэл заалтуудыг Хэлэлцэн тохирогч тал бүрийн дотоодын хууль тогтоомжийн дагуу зохицуулна:

- а/ мэдээллийг дамжуулж байгаа Хэлэлцэн тохирогч тал нь хувь хүний талаар дамжуулсан мэдээллийн үнэн зөв эсэхийг харична. Хэрэв үнэн бус мэдээлэл өгөх буюу дамжуулж болохгүй мэдээллийг өгсөн бол мэдээлэл хүлээн авч байгаа талд энэ тухай даруй мэдэгдэнэ. Хүлээн авагч тал нь дурьдсан мэдээллийн алдааг залруулах буюу цустгах үүрэг хүлээнэ;
- б/ Хэлэлцэн тохирогч талууд хувь хүний тухай мэдээллийг хүлээн авсан болон дамжуулсан тухай албан ёсны бүртгэл хөтлөнө.
- в/ Хэлэлцэн тохирогч талууд хувь хүний тухай мэдээллийг зөвшөөрөлгүй ашиглах, зөвшөөрөлгүй өөрчлөх, зөвшөөрөлгүй задлахаас хамгаалах үр нөлөөтэй арга хэмжээ авах үүрэг хүлээнэ;
- г/ Холбогдох этгээд хүсэлт гаргавал түүний тухай хадгалагдаж буй болон хэрэглэхээр төлөвлөж буй мэдээллийг танилцуулна. Хэрэв нийтийн ашиг сонирхол тухайн этгээдийн ашиг сонирхлоос давамгайлж байгаа бол уг мэдээллийг түүнд өгөхгүй байж болно;
- д/ холбогдох этгээдийн өөрийн тухай хадгалагдаж буй мэдээлэлтэй танилцах эрх нь мэдээлэлтэй танилцах хүсэлт гаргасан нутаг дэвсгэр дээрх Хэлэлцэн тохирогч талын дотоодын хууль тогтоомжоор зохицуулагдана.

AGREEMENT¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND MONGOLIA FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL

The Federal Republic of Germany
and
Mongolia

Desiring to promote their mutual economic relations by removing fiscal obstacles,

Have agreed as follows.

Article 1

Personal Scope

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States

Article 2

Taxes Covered

1 This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State, of a Land or a political subdivision or local authority thereof, irrespective of the manner in which they are levied.

2 There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, and taxes on capital appreciation.

3 The existing taxes to which this Agreement shall apply are in particular:

- (a) In the Federal Republic of Germany:
 - (aa) the Einkommensteuer (income tax);
 - (bb) the Körperschaftsteuer (corporation tax);
 - (cc) the Vermögensteuer (capital tax); and
 - (dd) the Gewerbesteuer (trade tax) (hereinafter referred to as "German tax").
- (b) In Mongolia:
 - (aa) the individual income tax,
 - (bb) the corporate income tax (hereinafter referred to as "Mongolian tax")

4 The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes referred to in paragraph 3. At the end of each year, the competent authorities of the Contracting States shall — if necessary — notify each other of changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3

General Definitions

1 For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- (a) the term "the Federal Republic of Germany" means, if used in geographical sense, the area in which the tax law of the

Contracting State concerned is in force, as well as the continental shelf adjacent to the territorial sea, insofar as the State concerned exercises there in conformity with international law sovereign rights to explore the continental shelf and exploit its natural resources;

- (b) the term Mongolia means when used in geographical sense all the territory of Mongolia;
- (c) the term "person" means an individual and a company;
- (d) the term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- (e) the term "tax" means German tax or Mongolian tax, as the context requires;
- (f) the term "immovable property" has the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property;
- (g) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- (h) the term "national" means:
 - (aa) in respect of the Federal Republic of Germany any German within the meaning of Article 116, paragraph (1), of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in the Federal Republic of Germany;
 - (bb) in respect of Mongolia all individuals possessing its citizenship of Mongolia and all juridical persons created or organized under the laws of Mongolia and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in Mongolia;
- (i) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- (h) the term "competent authority" means in the case of the Federal Republic of Germany the Federal Ministry of Finance, and in the case of Mongolia the Minister of Finance or his authorized representative

2 As regards the application of the Agreement by a Contracting State any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which the Agreement applies

¹ Came into force on 23 June 1996 by the exchange of the instruments of ratification at Ulan-Bator, in accordance with article 28.

Article 4

Resident

1 For the purpose of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature. But this term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- (a) he shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- (b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State he shall be deemed to be a resident of the State in which he has a habitual abode;
- (c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;
- (d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a company is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5

Permanent Establishment

1 For the purpose of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term "permanent establishment" includes especially

- (a) a place of management;
- (b) a branch;
- (c) an office;
- (d) a factory;
- (e) a workshop and
- (f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

3 A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than 6 months.

4 Notwithstanding the preceding provisions of this article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include

- (a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- (b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- (c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- (d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;

(e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;

(f) the sale of goods or merchandise belonging to the enterprise displayed in the frame of an occasional temporary fair or exhibition after the closing of the said fair or exhibition;

(g) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs (a) to (f) provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person — other than an agent of independent status to whom paragraph 6 applies — is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

6. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

7. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

Income from Immovable Property

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

Business Profits

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

4. Insofar as in a Contracting State and in exceptional cases the determination of the profits to be attributed to a permanent establishment in accordance with paragraph 2 is impossible or gives rise to unreasonable difficulties, nothing in paragraph 2 shall preclude the determination of the profits to be attributed to a permanent establishment by means of apportioning the total profits of the enterprise to its various parts; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of a mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

Shipping and Air Transport

1. Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2. If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

3. The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating transport organisation.

Article 9

Associated Enterprises

Where

- (a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- (b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 10

Dividends

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but the tax so charged shall not exceed

- (a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the recipient is a company (excluding partnerships) which owns directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends;

- (b) in all other cases, 10 per cent of the gross amount of the dividends.

if the recipient is the beneficial owner of the dividends.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

2. The term "dividends" as used in this Article means

- (a) dividends on shares including income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, and

- (b) other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident, and, for the purpose of taxation in the Federal Republic of Germany, income derived by a sleeping partner (stiller Gesellschafter) from his participation as such and distributions on certificates of an investment fund or investment trust.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case, the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

4. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

Interest

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest if the recipient is the beneficial owner of the interest.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1.

- (a) interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Mongolian Government or to the Mongol Bank shall be exempt from German tax;

- (b) interest arising in Mongolia and paid to the Government of the Federal Republic of Germany, the Deutsche Bundesbank, the Kreditanstalt für Wiederaufbau or the DEG-Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH or to a resident of the Federal Republic of Germany with respect to debt obligations guaranteed or insured by "Hermes Deckung" shall be exempt from Mongolian tax.

The competent authorities of the Contracting States may determine by mutual agreement any other governmental institution to which this paragraph shall apply.

3. The term "interest" as used in this Article means income from debt claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from Government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other Contracting State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

5. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

6. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12 Royalties

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may also be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the laws of that State, but the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties if the recipient is the beneficial owner of the royalties.

2. The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case, the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

4. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall

be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

5. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13 Capital Gains

1. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

3. Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1 to 3 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14 Independent Personal Services

1. Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities or he is present in the other Contracting State for a period exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned. If he has such a fixed base or remains in that State for the aforesaid period or periods the income may be taxed in that other State but only so much of it as is attributable to that fixed base or is derived in that other State during the aforesaid period or periods.

2. The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15 Dependent Personal Services

1. Subject to the provisions of Articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable in the other Contracting State only if the employment is exercised there.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

(a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned; and

- (b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State and
- (c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 16

Directors' Fees

Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

Artists and Athletes

1. Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artist, or a musician, or as an athlete, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or an athlete in his capacity as such accrues not to the entertainer or athlete himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or athlete are exercised.

3. However, such income shall not be taxed in the State mentioned in paragraph 1 if the underlying activities are exercised during a visit to that State by a resident of the other Contracting State and where such visit is financed directly or indirectly by that other State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or by an organisation which in that other State is recognised as a charitable organisation.

Article 18

Pensions

Subject to the provisions of paragraph 1 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19

Government Service

1. Remuneration including pensions paid by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State, Land, subdivision or authority shall be taxable only in that State. However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State, if the individual is a resident of that State and not a national of the first-mentioned State.

2. The provisions of Articles 15, 16, 17 and 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof.

3. The provisions of paragraph 1 shall likewise apply in respect of remuneration paid, under a development assistance programme of a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof, out of funds exclusively supplied by that State, Land, political subdivision or local authority, to a specialist or

volunteer seconded to the other Contracting State with the consent of that other State.

Article 20

Teachers, Students and Trainees

1. An individual who visits a Contracting State at the invitation of that State or of a university, college, school, museum or other cultural institution of that State or under an official programme of cultural exchange for a period not exceeding two years solely for the purpose of teaching, giving lectures or carrying out research at such institution and who is, or was immediately before that visit, a resident of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State on his remuneration for such activity, provided that such remuneration is derived by him from outside that State.

2. An individual who is present in a Contracting State solely
- (a) as a student at a university, college or school in that Contracting State,
- (b) as a business apprentice (including in the case of the Federal Republic of Germany a "Volontär" or a "Praktikant"),
- (c) as a recipient of a grant, allowance or award for the primary purpose of study or research from a religious, charitable, scientific or educational organisation, or
- (d) as a member of a technical cooperation programme entered into by the Government of that Contracting State,

and who is or was immediately before visiting that State, a resident of the other Contracting State, shall be exempt from tax in the first-mentioned Contracting State in respect of remittances from abroad for the purposes of his maintenance, education or training.

Article 21

Other Income

1. Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22

Capital

1. Capital represented by immovable property, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

3. Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

Relief from Double Taxation

1. Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

- (a) Unless foreign tax credit is to be allowed under sub-paragraph (b), there shall be exempted from German tax any item of income arising in Mongolia and any item of capital situated within Mongolia, which, according to this Agreement, may be taxed in Mongolia. The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital so exempted.

In the case of dividends exemption shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of Mongolia at least 10 per cent of the capital of which is owned directly by the German company.

There shall be exempted from taxes on capital any shareholding the dividends of which are exempted or, if paid, would be exempted, according to the immediately foregoing sentence.

- (b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German income, corporation and capital tax payable in respect of the following items of income arising in Mongolia and the items of capital situated there the Mongolian tax paid under the laws of Mongolia and in accordance with this Agreement on:

- (aa) dividends not dealt with in sub-paragraph (a).
- (bb) interest;
- (cc) royalties;
- (dd) directors' fees;
- (ee) income of artists and athletes;
- (ff) immovable property and income therefrom.

This shall not apply if the immovable property is effectively connected with a permanent establishment referred to in Article 7 and situated in Mongolia or with a fixed base referred to in Article 14 and situated in Mongolia, unless the provisions of sub-paragraph (d) preclude the application of the provisions of sub-paragraph (a) to the profits of the permanent establishment.

- (c) For the purpose of the credit referred to in sub-paragraph (b) of this paragraph the Mongolian tax shall be deemed to be 10 per cent of the gross amount in the case of income referred to in Article 10 paragraph 1 (b), Article 11 paragraph 1, Article 12 paragraph 1.
- (d) Notwithstanding the provisions of sub-paragraph (a) items of income dealt with in Articles 7 and 10 and gains derived from the alienation of the business property of a permanent establishment as well as the items of capital underlying such income shall be exempted from German tax only if the resident of the Federal Republic of Germany can prove that the receipts of the permanent establishment or company are derived exclusively or almost exclusively from active operations.

In the case of items of income dealt with in Article 10 and the items of capital underlying such income the exemption shall apply even when the dividends are derived from holdings in other companies being residents of Mongolia, which carry on active operations and in which the company which last made a distribution has a holding of more than 25 per cent.

Active operations are the following: producing or selling goods or merchandise, giving technical advice or rendering engineering services, or doing banking or insurance business within Mongolia.

If this is not proved, only the credit procedure as per sub-paragraph (b) shall apply, except for the fictitious credit as per sub-paragraph (c).

2. Tax shall be determined in the case of a resident of Mongolia as follows:

Where a resident of Mongolia derives income from the Federal Republic of Germany the amount of tax that is payable in the Federal Republic of Germany in accordance with the provisions of this Agreement may be deducted from the Mongolian tax imposed on that resident. The amount of the deduction, however, shall not exceed the amount of the Mongolian tax on that income computed in accordance with the taxation laws and regulations of Mongolia.

Article 24

Non-discrimination

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

2. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State, carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, rebates and reductions for taxation purposes which it grants only to its own residents.

3. Except where the provisions of Article 9, paragraph 6 of Article 11, or paragraph 5 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

4. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

5. The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

Mutual Agreement Procedure

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

4. The competent authorities of the Contracting States shall establish by mutual agreement the mode of application of the limitations of taxation provided for in this Agreement.

5. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 26

Exchange of Information

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Agreement. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

2. In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- (a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- (b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- (c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Article 27

Diplomatic and Consular Privileges

1. Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of a diplomatic mission, a consular post or an international organisation under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

2. Notwithstanding the provisions of Article 4, an individual who is a member of a diplomatic mission or a consular post of a Contracting State which is situated in the other Contracting State or in a third State shall be deemed for the purposes of the Agreement to be a resident of the sending State if:

- (a) in accordance with international law he is not liable to tax in the receiving State in respect of income from sources outside that State, and
- (b) he is liable in the sending State to the same obligations in relation to tax on his world income as are residents of that State.

Article 28

Entry Into Force

1. This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at *Ulaanbaatar* as soon as possible.

2. This Agreement shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification and shall have effect:

- (a) in respect of tax withheld at source in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement enters into force;
- (b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement enters into force.

Article 29

Termination

This Agreement shall continue in effect indefinitely but either of the Contracting States may, on or before the Thirtieth day of June in any calendar year following the fifth calendar year in which it enters into force, give to the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination and, in such event, this Agreement shall cease to be effective in respect of income derived during any fiscal year following that in which the notice of termination is given.

Done at *Berlin* this *22nd* day of *August*
19 *94* in two originals, each in the German, Mongolian and
English languages, all texts, being authentic, in case of divergent

interpretations of the German and Mongolian texts, the English
text shall prevail.

For the Federal Republic
of Germany:

*Jürgen Trumpf*¹

*Joachim Grünewald*²

For Mongolia:

*Agwaandordsch Zolmon*³

¹ Jürgen Trumpf.

² Joachim Grünewald.

³ Agwaandordsch Zolmon.

PROTOCOL

Mongolia

and

the Federal Republic of Germany

have agreed at the signing at *Beijing* on *July 11, 1990* of the Agreement between the two States for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital upon the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement.

1. With reference to Article 7:

- a) In the Contracting State in which the permanent establishment is situated, no profits shall be attributed to a building site or construction or installation project except those which are the result of such activities themselves. Profits derived from the supply of goods connected with, or independent of, such activities and effected by the principal permanent establishment or any other permanent establishment of the enterprise or by a third party shall not be attributed to the building site or construction or installation project.
- b) Income derived from design, planning, engineering or research or from technical services which a resident of a Contracting State performs in that Contracting State and which are connected with a permanent establishment in the other Contracting State shall not be attributed to that permanent establishment.

2. With reference to Articles 10 and 11:

Notwithstanding the provisions of these Articles, dividends and interest may be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the law of that State, if they

- a) are derived from rights or debt-claims carrying a right to participate in profits (including income derived by a sleeping partner from his participation as such, from a "partiansches Darlehen" and from "Gewinnobligationen" within the meaning of the tax law of the Federal Republic of Germany) and
- b) under the condition that they are deductible in the determination of profits of the debtor of such income.

3. With reference to Article 23:

- a) Where a company being a resident of the Federal Republic of Germany distributes income derived from sources within Mongolia paragraph 1 of Article 23 shall not preclude the compensatory imposition of corporation tax on such distributions in accordance with the provisions of German tax law.
- b) The Federal Republic of Germany shall avoid double taxation by a tax credit as provided for in paragraph 1 b) of Article 23, and not by a tax exemption under paragraph 1 a) of Article 23.
 - (aa) if in the Contracting States income or capital is placed under differing provisions of the Agreement or attributed to different persons (other than under Article 9 (Associated Enterprises)) and this conflict cannot be settled by a procedure pursuant to Article 25 and

(i) if as a result of such placement or attribution the relevant income or capital would be subject to double taxation; or

(ii) if as a result of such placement or attribution the relevant income or capital would remain untaxed or be subject only to inappropriately reduced taxation in Mongolia and would (but for the application of this paragraph) remain exempt from tax in the Federal Republic of Germany; or

(bb) if the Federal Republic of Germany has, after due consultation and subject to the limitations of its internal law notified Mongolia through diplomatic channels of other items of income to which it intends to apply this paragraph in order to prevent the exemption of income from taxation in both Contracting States or other arrangements for the improper use of the Agreement

In the case of a notification under sub-division (bb) Mongolia may, subject to notification through diplomatic channels, characterize such income under the Agreement consistently with the characterization of that income by the Federal Republic of Germany. A notification made under this paragraph shall have effect only from the first day of the calendar year following the year in which it was transmitted and any legal prerequisites under the domestic law of the notifying State for giving it effect have been fulfilled.

4. With reference to Article 26:

If personal data is exchanged under this Article, the following additional provisions shall apply subject to the domestic laws of each Contracting State:

- a) The data supplying Contracting States shall be responsible for the accuracy of the data they supply if it emerges that inaccurate data or data which should not have been supplied have been communicated, the receiving State shall be notified of this without delay. That State shall be obliged to correct or destroy said data.
- b) The Contracting States shall be obliged to keep official records of the transmission and receipt of personal data
- c) The Contracting States shall be obliged to take effective measures to protect the personal data communicated against unauthorised access, unauthorised alteration and unauthorised disclosure.
- d) Upon application the person concerned shall be informed of the information stored about him and of the use planned to be made of it. There shall be no obligation to give this information if on balance it appears that the public interest in withholding it outweighs the interest of the person concerned in receiving it.
- e) The right of the person concerned to be informed of the data stored about him shall be a matter of the domestic law of the Contracting State in whose sovereign territory the application for the information is made.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LA MONGOLIE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSI-
TION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA
FORTUNE

La République fédérale d'Allemagne et la Mongolie,
Désireuses de promouvoir leurs relations économiques mutuelles en suppri-
mant les obstacles d'ordre fiscal,
Sont convenues de ce qui suit :

Article premier. PERSONNES VISÉES

Le présent Accord vise les personnes qui sont des résidents d'un Etat contrac-
tant ou des deux Etats contractants.

Article 2. IMPÔTS VISÉS

1. Le présent Accord s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune
perçus pour le compte de chaque Etat contractant ou d'un Land, d'une de ses sub-
divisions politiques ou de ses collectivités locales, quelqu'en soit le mode de per-
ception.

2. Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune, tous impôts
perçus sur le revenu global, sur la fortune totale, ou sur les éléments du revenu ou de
la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens
mobiliers ou immobiliers, ainsi que les impôts sur les plus-values.

3. Les impôts actuels auxquels s'applique le présent Accord sont no-
tamment :

- a)* En République fédérale d'Allemagne :
- aa)* L'impôt sur le revenu (*Einkommensteuer*);
 - bb)* L'impôt sur les sociétés (*Körperschaftsteuer*);
 - cc)* L'impôt sur la fortune (*Vermögensteuer*); et
 - dd)* La patente (*Gewerbesteuer*)
- (ci-après dénommés « impôt allemand »);
- b)* En Mongolie :
- aa)* L'impôt sur le revenu des personnes physiques;
 - bb)* L'impôt sur les sociétés
- (ci-après dénommé « impôt mongol »).

¹ Entrée en vigueur le 23 juin 1996 par l'échange des instruments de ratification à Oulan-Bator, conformément à l'article 28.

4. Le présent Accord s'applique aussi aux impôts identiques ou sensiblement analogues qui seraient établis après la signature du présent Accord et qui s'ajouteraient aux impôts actuels visés au paragraphe 3 ou qui les remplaceraient. A la fin de chaque année, les autorités compétentes des Etats contractants se communiqueront — le cas échéant — les modifications apportées à leurs législations fiscales respectives.

Article 3. DÉFINITIONS GÉNÉRALES

1. Aux fins du présent Accord, à moins que le contexte n'appelle une interprétation différente :

a) Le terme « République fédérale d'Allemagne » désigne, lorsqu'il est employé dans son sens géographique, le territoire sur lequel s'applique le droit fiscal de l'Etat contractant concerné ainsi que les zones du plateau continental adjacentes à la mer territoriale, dans la mesure où ledit Etat y exerce, en conformité avec le droit international, des droits souverains relatifs à l'exploitation du plateau continental et à l'exploitation de ses ressources naturelles;

b) Le terme « Mongolie » désigne, lorsqu'il est employé dans son sens géographique, la totalité du territoire de la Mongolie;

c) Le terme « personne » désigne une personne physique et une société;

d) Le terme « société » désigne toute personne morale ou toute entité qui est considérée comme une personne morale à des fins fiscales;

e) Le terme « impôt » désigne l'impôt allemand ou mongol, selon le contexte;

f) Le terme « biens immobiliers » a le sens que lui attribue la législation de l'Etat contractant dans lequel sont situés les biens considérés. Ce terme inclut, en tout état de cause, les accessoires, le cheptel mort ou vif des exploitations agricoles ou sylvicoles, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des paiements variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux, sources et autres ressources naturelles; les navires, bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers;

g) Les termes « entreprise d'un Etat contractant » ou « entreprise de l'autre Etat contractant » désignent respectivement une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant;

h) Le terme « ressortissant » désigne :

aa) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tout Allemand au sens du paragraphe 1 de l'article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que toute personne morale, société de personnes et association dont le statut est régi par la législation en vigueur de la République fédérale d'Allemagne;

bb) En ce qui concerne la Mongolie, toute personne physique possédant la citoyenneté mongole et toute personne morale établie ou organisée en vertu de la législation mongole, ainsi que toute personne morale, société de personnes ou association dont le statut est régi par la législation en vigueur de la Mongolie;

i) Les termes « trafic international » désignent tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise dont le siège de direction effective est situé dans un Etat contractant, sauf lorsque le navire ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre Etat contractant;

j) Les termes « autorité compétente » désignent, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral des finances et, dans le cas de la Mongolie, le Ministre des finances ou son représentant habilité.

2. Aux fins de l'application du présent Accord par un Etat contractant, tout terme qui n'est pas défini dans ledit Accord a le sens que lui attribue la législation de cet Etat régissant les impôts auxquels l'Accord est applicable, à moins que le contexte n'appelle une interprétation différente.

Article 4. RÉSIDENT

1. Aux fins du présent Accord, les termes « résident d'un Etat contractant » désignent toute personne qui, en vertu de la législation de cet Etat, est assujettie à l'impôt de cet Etat en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère de même nature. Toutefois, ces termes ne comprennent pas les personnes qui ne sont assujetties à l'impôt dans cet Etat que pour les revenus de sources situées dans cet Etat ou pour la fortune qui y est située.

2. Lorsque, en vertu des dispositions du paragraphe 1, une personne physique est un résident des deux Etats contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme un résident de l'Etat où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent. Si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux Etats, elle est considérée comme un résident de l'Etat avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'Etat où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des Etats, elle est considérée comme un résident de l'Etat où elle séjourne de façon habituelle;

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux Etats ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme un résident de l'Etat dont elle possède la nationalité;

d) Si cette personne possède la nationalité des deux Etats ou si elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants tranchent la question d'un commun accord.

3. Lorsque, en vertu des dispositions du paragraphe 1, une société est un résident des deux Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat où son siège de direction effective est situé.

Article 5. ETABLISSEMENT STABLE

1. Aux fins du présent Accord, les termes « établissement stable » désignent une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2. Les termes « établissement stable » comprennent notamment :

a) Un siège de direction;

- b) Une succursale;
 - c) Un bureau;
 - d) Une usine;
 - e) Un atelier;
 - f) Une mine, un puits de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.
3. Un chantier de construction ou de montage ne sont la marque d'un établissement stable que s'ils ont une durée supérieure à six mois.
4. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, on considère qu'il n'y a pas « établissement stable » si :
- a) Les installations sont utilisées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de marchandises appartenant à l'entreprise;
 - b) Des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;
 - c) Des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de transformation par une autre entreprise;
 - d) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;
 - e) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'exercer, pour l'entreprise, toute autre activité de caractère préparatoire ou auxiliaire;
 - f) Des marchandises appartenant à l'entreprise exposées dans le cadre d'une foire ou exposition occasionnelle ou temporaire sont vendues après la fermeture de ladite foire ou exposition;
 - g) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins de l'exercice cumulé d'activités mentionnées aux alinéas a à f, à condition que l'activité d'ensemble de l'installation fixe d'affaires résultant de ce cumul garde un caractère préparatoire ou auxiliaire.
5. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, lorsqu'une personne — autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant auquel s'applique le paragraphe 6 — agit dans un Etat contractant pour une entreprise d'un autre Etat contractant et dispose dans cet Etat du pouvoir, qu'elle exerce habituellement, de conclure des contrats au nom de l'entreprise, ladite entreprise est considérée comme ayant un établissement stable dans cet Etat pour toutes activités que cette personne exerce pour elle, à moins que les activités de cette personne ne soient limitées à celles qui sont énumérées au paragraphe 4 et qui, exercées dans une installation fixe d'affaires, ne feraient pas de cette installation fixe d'affaires un établissement stable au sens audit paragraphe.
6. Une entreprise n'est pas considérée comme ayant un établissement stable dans un Etat contractant du simple fait qu'elle y exerce son activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre agent jouissant d'un statut indépendant, à condition que ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.
7. Le fait qu'une société, qui est un résident d'un Etat contractant, contrôle une société qui est un résident de l'autre Etat contractant ou qui y exerce son activité

(que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ou est contrôlée par ladite société ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement de l'autre.

Article 6. REVENUS IMMOBILIERS

1. Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus des exploitations agricoles ou sylvicoles) situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans l'autre Etat.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage ainsi que de toute forme d'exploitation de biens immobiliers.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

Article 7. BÉNÉFICES DES ENTREPRISES

1. Les bénéfices d'une entreprise de l'un des Etats contractants ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que ladite entreprise n'exerce ses activités dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Dans ce dernier cas, lesdits bénéfices ne peuvent être imposés dans l'autre Etat que dans la mesure où ils sont imputables à l'établissement stable.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article, si une entreprise de l'un des Etats contractants exerce des activités dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, on impute à cet établissement, dans chaque Etat contractant, les bénéfices que ledit établissement aurait pu réaliser s'il avait eu le statut d'entreprise distincte et séparée exerçant des activités identiques ou analogues, dans des conditions elles-mêmes identiques ou analogues, et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3. Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses encourues aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi encourus, soit dans l'Etat où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

4. Si, dans un Etat contractant et dans des cas exceptionnels, la détermination des bénéfices imputables à un établissement stable, conformément au paragraphe 2 s'avère impossible ou soulève des difficultés considérables, aucune disposition du paragraphe 2 n'empêche cet Etat contractant de déterminer les bénéfices imputables à un établissement fixe sur la base de la répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes contenus dans le présent article.

5. Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable en raison du seul achat de biens ou de marchandises pour l'entreprise.

6. Aux fins de l'application des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

7. Lorsque les bénéficiaires comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles du présent Accord, les dispositions desdits articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

Article 8. NAVIGATION MARITIME INTÉRIEURE ET AÉRIENNE

1. Les bénéficiaires de l'exploitation, en trafic international, de navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'Etat contractant où le siège de direction effective est situé.

2. Si le siège de direction effective d'une entreprise de navigation maritime ou intérieure est à bord d'un navire ou d'un bateau, il est considéré comme situé dans l'Etat contractant où se trouve le port d'attache de ce navire ou de ce bateau ou, à défaut de port d'attache, dans l'Etat contractant dont l'exploitant du navire ou du bateau est résident.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aussi aux bénéficiaires provenant de la participation à un pool, une exploitation en commun ou un organisme international d'exploitation.

Article 9. ENTREPRISES ASSOCIÉES

1. Quand :

a) Une entreprise de l'un des Etats contractants participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant; ou que

b) Les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'un des Etats contractants et d'une entreprise de l'autre Etat contractant;

et que, dès lors, les deux entreprises sont liées, dans leurs relations commerciales ou financières, par des conditions acceptées ou imposées qui diffèrent de celles dont seraient convenues des entreprises indépendantes, les bénéficiaires qui, dans ces conditions, auraient été réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéficiaires de cette entreprise et imposés en conséquence.

Article 10. DIVIDENDES

1. Les dividendes payés par une société qui est un résident d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans l'Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident et selon la législation de cet Etat; mais l'impôt ainsi établi ne peut excéder :

a) Cinq pour cent du montant brut des dividendes si le bénéficiaire est une société (autre qu'une société de personnes) qui détient directement au moins 10 p. 100 du capital de la société qui paie les dividendes;

b) Dans tous les autres cas, 10 p. 100 du montant brut des dividendes si la personne qui reçoit les dividendes en est le bénéficiaire effectif.

Les dispositions du présent paragraphe n'affectent pas l'imposition de la société au titre des bénéficiaires qui donnent lieu au paiement des dividendes.

2. Le terme « dividendes » employé dans le présent article désigne :

a) Les dividendes provenant d'actions, actions ou bons de jouissance, parts de mines, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires à l'exception de créances;

b) Les autres revenus soumis au même régime fiscal que les revenus d'actions par la législation de l'Etat dont la société distributrice est un résident et aux fins d'imposition en République fédérale d'Allemagne les revenus perçus par un commanditaire (*stiller Gesellschafter*) au titre de sa participation à qualité et les rémunérations de porteurs de titres de fonds de placement ou de sociétés d'investissement.

3. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

4. Lorsqu'une société, qui est un résident d'un Etat contractant, tire des bénéfices ou un revenu de l'autre Etat contractant, cet autre Etat ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf dans la mesure où ces dividendes sont payés à un résident de cet autre Etat ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situés dans cet autre Etat, ni prélever aucun impôt, au titre des bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent, en tout ou en partie, en bénéfices ou revenus provenant de cet autre Etat.

Article 11. INTÉRÊTS

1. Les intérêts provenant d'un Etat contractant et payés à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans l'Etat contractant d'où ils proviennent et selon la législation de cet Etat; mais si la personne qui reçoit les intérêts en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 p. 100 du montant brut des intérêts.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 :

a) Les intérêts provenant de la République fédérale d'Allemagne et payés au Gouvernement mongol ou à la Banque mongole seront exonérés de l'impôt allemand;

b) Les intérêts provenant de la Mongolie et payés au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, à la Deutsche Bundesbank, au Kreditanstalt für Wiederaufbau ou à l'OEG Deutsche Investitions und Entwicklungsgesellschaft mbH, ou à un résident de la République fédérale d'Allemagne eu égard à des obligations garanties ou assurées par Hermes Deckung seront exonérés de l'impôt mongol.

Les autorités compétentes de l'Etat contractant arrêtent d'un commun accord la liste de tous autres organismes publics auxquels s'applique le présent paragraphe.

3. Le terme « intérêts » employé dans le présent article désigne les revenus des créances de toute nature assorties ou non de garanties hypothécaires et assorties ou non d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur et notamment les

revenus des fonds publics et des obligations d'emprunts, y compris les primes et lots attachés à ces titres. Les pénalités pour paiements tardifs ne sont pas considérées comme des intérêts au sens du présent article.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les intérêts soit une activité industrielle et commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe en question. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon qu'il convient, sont applicables.

5. Les intérêts sont considérés comme provenant d'un Etat contractant lorsque le débiteur est cet Etat lui-même, un land, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable, ou une base fixe, pour lesquels la dette donnant lieu au paiement des intérêts a été contractée et qui supportent la charge de ces intérêts, ceux-ci sont considérés comme provenant de l'Etat où l'établissement stable, ou la base fixe, est situé.

6. Lorsque, en raison de relations spéciales qui existent entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des intérêts, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque Etat contractant et compte dûment tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 12. REDEVANCES

1. Les redevances provenant d'un Etat contractant et payées à un résident de l'autre Etat contractant sont aussi imposables dans l'Etat contractant d'où elles proviennent et selon la législation de cet Etat; mais si la personne qui reçoit les redevances en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 p. 100 du montant brut des redevances.

2. Le terme « redevances » employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une œuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ainsi que pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, commercial ou scientifique ou pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial et scientifique.

3. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des redevances, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances, soit une activité industrielle et commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, et que le droit ou le bien générateur des redevances se rattache effectivement à l'établissement

stable ou à la base fixe en question. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon qu'il convient, sont applicables.

4. Les redevances sont considérées comme provenant d'un Etat contractant lorsque le débiteur est cet Etat lui-même, un Land, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non un résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable, ou une base fixe, pour lesquels l'engagement donnant lieu aux redevances a été contracté et qui supportent la charge de ces redevances, celles-ci sont considérées comme provenant de l'Etat où l'établissement stable ou la base fixe sont situés.

5. Lorsque, en raison de relations spéciales qui existent entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des redevances, compte tenu de la prestation pour laquelle elles sont payées, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque Etat contractant et compte dûment tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 13. GAINS EN CAPITAL

1. Les gains qu'un résident d'un Etat contractant tire de l'aliénation de biens immobiliers situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2. Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou de biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris de tels gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre Etat.

3. Les gains provenant de l'aliénation de navires ou aéronefs exploités en trafic international ou de biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires ou aéronefs, ne sont imposables que dans l'Etat contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

4. Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux qui sont visés au paragraphe 1 à 3 ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

Article 14. PROFESSIONS INDÉPENDANTES

1. Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités de caractère indépendant ne sont imposables que dans cet Etat sauf s'il dispose dans l'autre Etat contractant d'une base fixe pour l'exercice de ses activités ou s'il séjourne dans l'autre Etat contractant pour une période ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours pendant l'année civile considérée. S'il dispose d'une telle base fixe ou séjourne dans cet Etat pendant la période ou les périodes susmentionnées, les revenus sont imposables dans cet autre Etat, mais seulement dans la mesure où ces revenus sont imposables à cette base fixe ou proviennent de l'autre Etat pendant la période ou les périodes susmentionnées.

2. Les termes « profession libérale » comprennent les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

Article 15. PROFESSIONS DÉPENDANTES

1. Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables dans l'autre Etat contractant que si l'emploi y est exercé.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat si :

a) Le bénéficiaire séjourne dans l'autre Etat pendant une période ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours de l'année civile considérée; et

b) Les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre Etat; et

c) La charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre Etat.

3. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations reçues au titre d'un emploi salarié à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international sont imposables dans l'Etat contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

Article 16. TANTIÈMES

Les tantièmes, jetons de présence et autres rétributions similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance d'une société qui est un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

Article 17. ARTISTES ET SPORTIFS

1. Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de ses activités personnelles exercées dans l'autre Etat contractant en tant qu'artiste du spectacle, de cinéma, de la radio ou de la télévision, que musicien et que sportif sont imposables dans cet autre Etat contractant.

2. Lorsque les revenus d'activités qu'un artiste du spectacle ou un sportif exerce personnellement et en cette qualité sont attribués non pas à l'artiste ou au sportif lui-même mais à une autre personne, ces revenus sont imposables, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, dans l'Etat contractant où les activités de l'artiste ou du sportif sont exercées.

3. Toutefois, ces revenus ne seront pas imposés dans l'Etat mentionné au paragraphe 1, si les activités dont ils proviennent sont exercées au cours d'une visite dans cet Etat d'un résident de l'autre Etat contractant et que ladite visite est financée directement ou indirectement par cet autre Etat, un Land, une subdivision poli-

tique ou une collectivité locale, ou par une organisation reconnue comme œuvre de bienfaisance dans cet autre Etat.

Article 18. PENSIONS

Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 de l'article 19, les pensions et autres rémunérations similaires versées à un résident d'un Etat contractant au titre de services antérieurs ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 19. FONCTION PUBLIQUE

1. Les rémunérations, y compris les pensions, payées par un Etat contractant, un Land, subdivision politique ou une collectivité locale à une personne physique, au titre de services rendus à cet Etat, à ce Land, à cette subdivision ou à cette collectivité, ne sont imposables que dans cet Etat. Toutefois, ces rémunérations ne sont imposables dans l'autre Etat contractant que si les services sont rendus dans cet Etat et si la personne physique est un résident et un ressortissant de cet Etat et non un ressortissant du premier Etat.

2. Les dispositions des articles 15, 16 et 17 s'appliquent aux rémunérations et aux pensions payées au titre de services rendus dans le cadre d'une activité industrielle ou commerciale exercée par un Etat contractant, un Land, une subdivision politique ou une collectivité locale dudit Etat.

3. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux rémunérations payées au titre d'un programme d'aide au développement d'un Etat contractant, d'un Land, d'une subdivision politique ou d'une collectivité locale par prélèvement sur des fonds exclusivement octroyés par cet Etat, Land, subdivision politique ou collectivité locale, à un spécialiste ou à un volontaire détaché auprès de l'autre Etat contractant avec le consentement de cet autre Etat.

Article 20. ENSEIGNANTS, ÉTUDIANTS ET STAGIAIRES

1. Une personne physique qui se rend dans un Etat contractant sur l'invitation de cet Etat ou d'une université, d'un collège universitaire, d'une école, d'un musée ou d'une autre institution culturelle de cet Etat ou au titre d'un programme officiel d'échanges culturels, pour une période de deux ans maximum, uniquement aux fins d'enseigner, de donner des conférences ou d'effectuer des recherches dans cette institution et qui est, ou était immédiatement avant cette visite, un résident de l'autre Etat contractant est exonéré d'impôts dans le premier Etat pour sa rémunération tirée de cette activité, sous réserve que cette rémunération provienne de sources extérieures à cet Etat.

2. Une personne physique qui se trouve dans un Etat contractant uniquement :

a) En tant qu'étudiant dans une université, un collège universitaire ou une école de cet Etat contractant;

b) En tant que stagiaire dans une entreprise industrielle ou commerciale (y compris, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, « Volontär » ou Praktikant »);

c) En tant que bénéficiaire d'une bourse, d'une subvention ou d'un prix d'une organisation confessionnelle, philanthropique, scientifique ou éducative, essentiellement dans le but d'étudier ou d'effectuer des recherches dans cet Etat;

d) Dans le cadre d'un programme de coopération technique auquel participe le Gouvernement de cet Etat contractant;

et qui est ou était, immédiatement avant de se rendre dans cet Etat, un résident de l'autre Etat contractant, est exonéré d'impôt dans le premier Etat contractant sur toutes les sommes qui lui sont envoyées de l'étranger pour son entretien, son instruction ou sa formation.

Article 21. AUTRES REVENUS

1. Les éléments du revenu d'un résident d'un Etat contractant, d'où qu'ils proviennent, qui ne sont pas traités dans les articles précédents du présent Accord ne sont imposables que dans Etat.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux revenus autres que les revenus provenant de biens immobiliers, lorsque le bénéficiaire de tels revenus, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des revenus s'attache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

Article 22. FORTUNE

1. La fortune constituée par des biens immobiliers visés à l'article 6, qui appartiennent à un résident d'un Etat contractant et qui sont situés dans l'autre Etat contractant, est imposable dans cet autre Etat.

2. La fortune constituée par des biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou par des biens immobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, est imposable dans cet autre Etat.

3. La fortune constituée par des navires et des aéronefs exploités en trafic international ainsi que par des biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires ou aéronefs n'est imposable que dans l'Etat contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

4. Tous les autres éléments de la fortune du résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 23. ELIMINATION DE LA DOUBLE IMPOSITION

1. En ce qui concerne les résidents de la République fédérale d'Allemagne, l'impôt est calculé comme suit :

a) Sauf si la déduction de l'impôt étranger est admise, tout élément de revenu provenant de sources situées en Mongolie et tout élément de fortune situé en Mongolie qui, en vertu du présent Accord, est imposable en Mongolie sont exonérés de l'impôt allemand. La République fédérale d'Allemagne se réserve toutefois le droit

de faire entrer les éléments de revenu et de fortune ainsi exonérés dans le calcul de son taux d'imposition.

Pour ce qui est des dividendes, l'exonération ne s'applique qu'aux dividendes versés à une société (mais non une association de personnes) résidents de la République fédérale d'Allemagne par une société résidente de la Mongolie si 10 p. 100 au moins du capital de la société sont détenus directement par la société allemande.

Sont exonérés de l'impôt sur la fortune, les participations ouvrant droit à des dividendes qui sont exonérés de cet impôt, ou le seraient, s'ils étaient payés, en application des dispositions de la phrase précédente.

b) Sous réserve des dispositions de la législation fiscale allemande relatives à la réduction de l'impôt étranger, une déduction de l'impôt allemand sur le revenu, sur les sociétés et sur la fortune est admise pour l'impôt mongol perçu, en vertu de la législation mongole et conformément au présent Accord, sur les éléments de revenu provenant de sources situées en Mongolie et les éléments de fortune qui y sont situés indiqués ci-après :

- aa) Les dividendes qui ne sont pas visés à l'alinéa a;
- bb) Les intérêts;
- cc) Les redevances
- dd) Les tantièmes;
- ee) Les revenus des artistes et des sportifs;
- ff) Les biens et les revenus immobiliers.

La disposition précédente ne s'applique pas si le bien immobilier se rattache effectivement à un établissement stable visé à l'article 7 et situé en Mongolie, ou à une base fixe visée à l'article 14 et située en Mongolie, sauf si les dispositions de l'alinéa d excluent l'application des dispositions de l'alinéa a aux bénéfices de l'établissement stable.

c) Aux fins de la déduction visée à l'alinéa b du présent paragraphe, l'impôt mongol est réputé se chiffrer à 10 p. 100 du montant brut dans le cas des revenus visés à l'alinéa b du paragraphe 1 de l'article 10, au paragraphe 1 de l'article 11 et au paragraphe 1 de l'article 12.

d) Nonobstant les dispositions de l'alinéa a, les éléments de revenus visés aux articles 7 et 10 et les gains tirés de l'aliénation de l'actif d'un établissement stable ainsi que les éléments de fortune générateurs de ces revenus ne sont exonérés de l'impôt allemand que si le résident de la République fédérale d'Allemagne peut prouver que les recettes de l'établissement permanent ou de la société proviennent exclusivement d'activités effectives.

Dans le cas d'éléments de revenu visés à l'article 10 et d'éléments de la fortune générateurs de ces revenus, l'exonération s'applique, même si les dividendes proviennent de participations dans d'autres sociétés résidentes de la Mongolie et qui y exercent effectivement des activités, et dans lesquelles la société qui a procédé à la dernière distribution détient une participation supérieure à 25 p. 100.

Les activités effectives sont les suivantes : production ou vente de produits ou de marchandises, fourniture d'avis techniques ou de services d'ingénierie, activités bancaires ou d'assurance en Mongolie.

Si les conditions prévues ne sont pas prouvées, seule la procédure de déduction visée à l'alinéa *b* s'applique, sauf en ce qui concerne les déductions fictives visées à l'alinéa *c*.

2. En ce qui concerne les résidents de la Mongolie, l'impôt est calculé comme suit :

Lorsqu'un résident de la Mongolie tire ses revenus de la République fédérale d'Allemagne, le montant de l'impôt payable en République fédérale d'Allemagne conformément aux dispositions du présent Accord peut être déduit de l'impôt mongol auquel est assujéti ce résident. Toutefois, le montant de la déduction ne peut excéder le montant de l'impôt mongol sur ces revenus calculé conformément aux lois et règlements fiscaux de la Mongolie.

Article 24. NON-DISCRIMINATION

1. Les ressortissants d'un Etat contractant ne sont soumis dans l'autre Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou peuvent être soumis, dans les mêmes conditions, les ressortissants de cet autre Etat. La présente disposition s'applique aussi, nonobstant les dispositions de l'article premier, aux personnes qui ne sont pas des résidents d'un Etat contractant ou des deux Etats contractants.

2. Un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant n'est pas imposé dans cet Etat d'une façon moins favorable que les entreprises de cet autre Etat exerçant la même activité. La présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant un Etat contractant à accorder à un résident de l'autre Etat contractant les déductions, abattements et réductions d'impôt de caractère individuel qu'il n'accorde qu'à ses propres résidents.

3. Sauf lorsque les dispositions de l'article 9, du paragraphe 6 de l'article 11 ou du paragraphe 5 de l'article 12 sont applicables, les intérêts, redevances et autres sommes payés par une entreprise d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont déductibles, aux fins de la détermination des bénéfices imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés par un résident du premier Etat. De la même façon, toute dette d'une entreprise d'un Etat contractant envers un résident de l'autre Etat contractant est déductible, aux fins de la détermination de la fortune imposable de cette entreprise, dans les mêmes conditions que si elle avait été contractée envers un résident du premier Etat.

4. Les entreprises d'un Etat contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé, par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant, ne sont soumises dans le premier Etat à aucune imposition ou obligation y relative autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou peuvent être assujetties d'autres entreprises similaires du premier Etat.

5. Les dispositions du présent article s'appliquent, nonobstant les dispositions de l'article 2, aux impôts de toute nature et de toute dénomination.

Article 25. PROCÉDURE AMIABLE

1. Lorsqu'une personne estime que les mesures prises par un Etat contractant ou par les deux entraînent ou entraîneront pour elle une imposition incompatible avec les dispositions du présent Accord, elle peut, indépendamment des recours prévus par le droit interne de ces Etats, soumettre son cas à l'autorité compétente

de l'Etat contractant dont elle est un résident ou, si son cas relève du paragraphe 1 de l'article 24, à celle de l'Etat contractant dont elle est ressortissante. Le cas doit être soumis dans un délai de trois ans à compter de la première notification de la mesure qui entraîne une imposition non conforme aux dispositions de l'Accord.

2. L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'apporter une solution appropriée, de régler la question par voie d'entente avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter toute imposition incompatible avec les dispositions de l'Accord. Tout accord réalisé est mis en œuvre quels que soient les délais prévus par le droit interne des Etats contractants.

3. Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent de résoudre d'un commun accord toute difficulté ou toute incertitude concernant l'interprétation ou l'application de l'Accord. Elles peuvent aussi se consulter pour éliminer la double imposition dans les cas qui ne sont pas prévus dans l'Accord.

4. Les autorités compétentes des Etats contractants institueront d'un commun accord les modalités de l'application des restrictions apportées à l'imposition aux termes du présent Accord.

5. Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent se contacter directement afin de parvenir à un accord au sens du précédent paragraphe.

Article 26. ECHANGE DE RENSEIGNEMENTS

1. Les autorités compétentes des Etats contractants échangent les renseignements nécessaires à l'application du présent Accord. Les renseignements reçus par un Etat contractant sont tenus secrets de la même manière que les renseignements obtenus en application de la législation interne de cet Etat. Ils ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et les autorités administratives) concernées par l'établissement ou le recouvrement des impôts visés par le présent Accord, par les procédures ou poursuites concernant ces impôts, ou par les décisions sur les recours relatifs à ces impôts. Ces personnes ou autorités n'utilisent ces renseignements qu'à ces fins. Elles peuvent faire état de ces renseignements au cours d'audiences publiques de tribunaux ou dans des jugements.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un Etat contractant l'obligation de :

a) Prendre des mesures administratives incompatibles avec sa législation ou sa pratique administrative, ou avec la législation ou la pratique administrative de l'autre Etat contractant;

b) Fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre Etat contractant;

c) Fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

Article 27. PRIVILÈGES DIPLOMATIQUES ET CONSULAIRES

1. Aucune disposition du présent Accord ne porte atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres d'une mission diplomatique ou consulaire ou

d'une organisation internationale en vertu des règles générales du droit international ou des dispositions d'accords particuliers.

2. Nonobstant l'article 4 du présent Accord, toute personne physique qui est membre d'une mission diplomatique ou consulaire de l'un des Etats contractants qui est établie dans l'autre Etat contractant ou dans un Etat tiers est réputée, aux fins du présent Accord, être un résident de l'Etat d'envoi à condition :

a) Conformément au droit international, de n'être pas imposable dans l'Etat d'accueil au titre de ses revenus provenant de sources extérieures à cet Etat; et

b) D'être soumise dans l'Etat d'envoi aux mêmes obligations fiscales sur son revenu mondial que les résidents de cet Etat.

Article 28. ENTRÉE EN VIGUEUR

1. Le présent Accord est soumis à ratification et les instruments de ratification seront échangés à Oulan-Bator dès que faire se pourra.

2. Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification et il s'appliquera :

a) En ce qui concerne les impôts retenus à la source, aux sommes payées à partir du 1^{er} janvier de l'année civile suivant celle au cours de laquelle il sera entré en vigueur;

b) En ce qui concerne les autres impôts, aux impôts mis en recouvrement pour les périodes commençant à partir du 1^{er} janvier de l'année civile suivant celle au cours de laquelle il sera entré en vigueur.

Article 29. DÉNONCIATION

Le présent Accord demeurera indéfiniment en vigueur mais chaque Etat contractant pourra, jusqu'au 30 juin de chaque année civile suivant la cinquième année civile au cours de laquelle il sera entré en vigueur, le dénoncer par voie de notification écrite adressée à l'autre Etat contractant par la voie diplomatique. Dans ce cas, le présent Accord cessera d'être applicable aux revenus perçus au cours de tout exercice suivant celui au cours duquel la dénonciation aura été notifiée.

FAIT à Bonn le 22 août 1994 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande, mongole et anglaise, tous les textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation des textes allemand et mongol, le texte anglais prévaudra.

Pour la République
fédérale d'Allemagne :

JURGEN TRUMPF

JOACHIM GRÜNSWALD

Pour la Mongolie :

AGWAANDORDSCH ZOLMON

PROTOCOLE

Lors de la signature à Bonn, le 22 août 1994, de l'accord tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, la Mongolie et la République fédérale d'Allemagne sont convenues des dispositions ci-après, qui font partie intégrante dudit accord.

1. *S'agissant de l'article 7 :*

a) Dans l'Etat contractant où l'établissement stable est situé, il n'est pas imputé de bénéfices à un chantier de construction ou à un projet de construction ou d'installation autres que ceux qui proviennent des activités proprement dites. Les bénéfices tirés de la fourniture de marchandises en relation avec de telles activités ou indépendamment de telles activités effectuée par le principal établissement stable de l'entreprise ou par un tiers ne sont pas imputés au chantier de construction ou au projet de construction ou d'installation.

b) Les revenus tirés de services de conception, de planification, d'ingénierie ou de services techniques rendus par le résident d'un Etat contractant dans l'Etat où il réside et liés à un établissement stable dans l'autre Etat contractant ne sont pas imputés à cet établissement stable.

2. *S'agissant des articles 10 et 11 :*

Sous réserve des dispositions des dits articles, les dividendes et intérêts peuvent être imposables dans l'Etat contractant d'où ils proviennent et suivant la législation de cet Etat :

a) S'ils sont le résultat de droits ou de créances comportant un droit de participation aux bénéfices (y compris les revenus afférents à la participation d'un commanditaire, à un « *partiarisches Darlehen* » et à des « *Gewinnobligationen* » au sens de la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne)

b) Sous réserve qu'ils puissent être déduits dans le calcul des bénéfices du débiteur de ce revenu.

3. *S'agissant de l'article 23 :*

a) Lorsqu'une société résidente de la République fédérale d'Allemagne distribue des revenus provenant de sources situées en Mongolie, les dispositions du paragraphe 1 de l'article 23 n'empêchent pas l'imposition compensatoire d'un impôt sur les sociétés s'agissant des revenus distribués, conformément à la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne.

b) La République fédérale d'Allemagne évite la double imposition en accordant un crédit d'impôt, en application du paragraphe 1, b de l'article 23, mais n'applique pas d'exonération fiscale aux termes du paragraphe 1, a de l'article 23,

aa) Si, dans les Etats contractants, les revenus ou les capitaux relèvent de dispositions différentes de l'Accord ou sont attribués à des personnes différentes [autres que celles visées à l'article 9 (Entreprises associées)] et si ce conflit ne peut être résolu au moyen de la procédure prévue à l'article 25 et

i) Si, de ce fait, les revenus ou les capitaux font l'objet d'une double imposition ou

ii) Si, de ce fait, les revenus ou les capitaux ne sont pas imposés ou font l'objet d'une imposition excessivement réduite en Mongolie tout en demeurant exonérés de l'impôt en République fédérale d'Allemagne ou

- bb) Si la République fédérale d'Allemagne a, après consultation et sous réserve de sa législation interne, notifié à la Mongolie, par la voie diplomatique, les éléments de revenu auxquels elle a l'intention d'appliquer ledit paragraphe, afin d'éviter toute exonération d'impôt dans les deux États contractants ou tout autre arrangement visant l'application erronée de l'Accord.

En cas de notification aux termes de l'alinéa *bb*, la Mongolie peut, sous réserve de notification par la voie diplomatique, classer un revenu de manière compatible avec le classement effectué par la République fédérale d'Allemagne. Une notification faite en vertu de cet alinéa ne prend effet que le premier jour de l'année civile suivant l'année où elle a été transmise et une fois que les conditions juridiques régissant son entrée en vigueur, aux termes de la législation interne, ont été remplies.

4. *S'agissant de l'article 26 :*

Si des renseignements personnels sont échangés en application dudit article, les dispositions supplémentaires ci-après s'appliquent, sous réserve de la législation nationale de chaque Etat contractant.

a) Il incombe aux Etats contractants de s'assurer de l'exactitude des renseignements qu'ils fournissent. Au cas où des renseignements qui seraient inexacts ou n'auraient pas dû être transmis auraient été communiqués, l'Etat destinataire devra en être immédiatement avisé. Cet Etat est tenu de rectifier ou de détruire lesdits renseignements.

b) Les Etats contractants doivent tenir des registres officiels concernant la transmission et la réception de renseignements personnels.

c) Les Etats contractants sont tenus de prendre des mesures efficaces en vue d'empêcher l'accès sans autorisation aux renseignements personnels communiqués, ainsi que leur modification et leur publication sans autorisation.

d) Sur demande, l'intéressé est informé des renseignements rassemblés à son sujet et de l'utilisation qu'il est prévu d'en faire. Nul n'est tenu de communiquer cette information, s'il apparaît qu'il est d'intérêt public de préserver le secret de ces renseignements et que cet intérêt passe avant l'intérêt particulier.

e) Le droit de l'intéressé d'être informé des renseignements rassemblés à son sujet est régi par le droit national de l'Etat contractant sur le territoire duquel la demande d'information est formulée.

